

**Richtlinien der TdL  
für den Fall eines Arbeitskampfes  
(Arbeitskampfrichtlinien der TdL)  
vom 7. Februar 2006 <sup>1)</sup>**

**Inhaltsübersicht**

**A. Allgemeines**

- I. Zweck der Richtlinien
- II. Arbeitskampfmaßnahmen und ihre rechtlichen Voraussetzungen
  - 1. Rechtmäßige Arbeitskampfmaßnahmen
  - 2. Einleitung von Arbeitskampfmaßnahmen
  - 3. Arbeitskampfmaßnahmen nach der Durchführung von Verhandlungen
  - 4. Rechtswidrige Arbeitskampfmaßnahmen

**B. Vorbereitung auf Arbeitskampfmaßnahmen**

- I. Vorsorgliche Maßnahmen
  - 1. Aufgabenverteilung innerhalb der Verwaltung/des Betriebes
  - 2. Notdienstarbeiten und ihre Vorbereitung
  - 3. Vorbereitung des Notdienstes und der Ausstellung von Notdienst- und Sonderausweisen
  - 4. Vorbereitung der Information der Beschäftigten
- II. Information der Beschäftigten
- III. Verpflichtung von Beschäftigten zum Notdienst

**C. Durchführung der Urabstimmung**

**D. Verhalten bei Arbeitskampfmaßnahmen**

- I. Unterrichtung Dritter
  - 1. Vorgesetzte Behörde und Öffentlichkeit
  - 2. Agentur für Arbeit, Krankenkassen und Arbeitsschutzbehörde
    - a) Agentur für Arbeit
    - b) Krankenkassen
    - c) Arbeitsschutzbehörde
  - 3. Gemeindeverwaltung und Polizeibehörde
  - 4. Abnehmer, Zulieferer und sonstige Betroffene

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäß Schreiben der Geschäftsstelle der TdL vom 6. Januar 2011.

II. Einsatz des Notdienstes

III. Information der Beschäftigten

**E. Dokumentation der Arbeitskampfmaßnahmen**

**F. Rechtliche Folgen der Beteiligung an Arbeitskampfmaßnahmen**

I. Auswirkungen auf das Einzelarbeitsverhältnis

1. Allgemeines
2. Arbeitsentgelt, Jahressonderzahlung, Feiertagsbezahlung
3. Entgelt im Krankheitsfall
4. Arbeitgeberzuschuss nach § 14 Mutterschutzgesetz
5. Urlaub, Arbeitsbefreiung
6. Beihilfen
7. Altersteilzeit im Blockmodell, Sabbatical
8. Sonstiges

II. Auswirkungen einer Arbeitskampfmaßnahme auf die Sozialversicherung und die Betriebliche Altersversorgung

1. Krankenversicherung
2. Pflegeversicherung
3. Rentenversicherung
4. Arbeitslosenversicherung
5. Unfallversicherung
6. Betriebliche Altersversorgung

**G. Rechte und Pflichten bestimmter Beschäftigter**

I. Arbeitswillige

II. Auszubildende, Praktikanten usw. in einem privatrechtlichen Ausbildungsverhältnis

III. Beamtinnen und Beamte

IV. Personen in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis, die nicht Beamte sind

V. Personen, die Zivildienst leisten

**H. Personalrat/Betriebsrat**

**I. Streikleitung, Streikposten und Streikausschreitungen**

**K. Teilnahme an rechtswidrigen Arbeitskampfmaßnahmen**

## **Anlagen**

- Anlage 1 : Notdienstvereinbarung
- Anlage 2 : Notdienstbestellung bei Streik
- Anlage 3 : Ausweis für den Notdienst
- Anlage 4 : Sonderausweis
- Anlage 5 : Rundschreiben/Mitarbeiterbrief
- Anlage 6 : Meldung an die vorgesetzte Behörde  
Erstellung einer Dokumentation
- Anlage 7 : Anzeige über den Beginn eines Streiks
- Anlage 8 : Anzeige über die Beendigung eines Streiks

## **Anhang**

- Anhang 1 : Checkliste bei Arbeitskämpfen
- Anhang 2 : Hinweise für einstweilige Verfügungen
- Anhang 2.1 : Einstweilige Verfügung (Beispiel Blockade)
- Anhang 2.2 : Einstweilige Verfügung (Beispiel Notdienst)

## **Sachverzeichnis**

## **A. Allgemeines**

### **I. Zweck der Richtlinien**

Mit diesen Richtlinien sollen den Verwaltungen/Betrieben Hinweise für die Fälle gegeben werden, in denen sie von Arbeitskampfmaßnahmen betroffen sind.

### **II. Arbeitskampfmaßnahmen und ihre rechtlichen Voraussetzungen**

#### **1. Rechtmäßige Arbeitskampfmaßnahmen**

Arbeitskampfmaßnahmen sind kollektive Maßnahmen, die darauf abzielen, eine bestimmte tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Sie sind mit Arbeitszeitausfall für die sich daran beteiligenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbunden. Gegebenenfalls kann Arbeitszeitausfall auch bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eintreten, die sich zwar nicht am Arbeitskampf beteiligen, die aber wegen des Arbeitskampfes nicht beschäftigt werden können.

Arbeitskampfmaßnahmen sind rechtmäßig, wenn sie von einer zuständigen Gewerkschaft nach Ablauf der Friedenspflicht und nach Ausschöpfung aller Verständigungsmöglichkeiten unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit der Mittel als kollektive Maßnahme mit dem Ziel eingeleitet und durchgeführt werden, das Arbeitsentgelt oder sonstige Arbeitsbedingungen der Mitglieder zu verbessern oder Verschlechterungen zu verhindern. Rechtmäßig sind unter diesen Voraussetzungen auch Arbeitskampfmaßnahmen, die zwar nicht von der Gewerkschaft eingeleitet, von dieser aber nach Beginn übernommen werden.

#### **2. Einleitung von Arbeitskampfmaßnahmen**

Arbeitskampfmaßnahmen können vorbehaltlich der Nr. 3 rechtmäßig erst dann eingeleitet werden, wenn alle Verständigungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind. Eines vorgeschalteten Schlichtungsverfahrens bedarf es nicht. Die zwischen der TdL und den Gewerkschaften ver.di, dbb tarifunion und Marburger Bund geschlossene Schlichtungsvereinbarung vom 30. April 2002 wurde durch die TdL zum 30. September 2010 gekündigt.

#### **3. Arbeitskampfmaßnahmen nach der Durchführung von Verhandlungen**

Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (vgl. BAG vom 21. Juni 1988 - 1 AZR 651/86 = AP Nr. 108 zu Art. 9 GG Arbeitskampf, ZTR 1988 S. 464) können Arbeitskampfmaßnahmen nach dem Ende der Friedenspflicht und nach Durchführung von Verhandlungen über die erhobenen Forderungen zulässig sein. Die Arbeitskampfmaßnahmen müssen jedoch von der Gewerkschaft getragen werden. Hierfür genügt jede Erklärung der Gewerkschaft, die zur Arbeitsniederlegung führen soll (z.B. Aufruf zu einer Protestkundgebung während der Arbeitszeit). In solchen Fällen liegt in der Durchführung von Arbeitskampfmaßnahmen zugleich die Erklärung, dass die Gewerkschaft die Verständigungsmöglichkeiten für ausgeschöpft hält.

Mit der genannten Entscheidung vom 21. Juni 1988 hat das BAG die frühere Unterscheidung zwischen so genannten "Warnstreiks" und Erzwingungsstreiks aufgegeben. Nunmehr ist jede Arbeitskampfmaßnahme, wie immer die Gewerkschaft sie bezeichnet, als Erzwingungsstreik anzusehen.

#### **4. Rechtswidrige Arbeitskampfmaßnahmen**

Arbeitskampfmaßnahmen müssen dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz entsprechen. Zunächst rechtmäßige Arbeitskampfmaßnahmen können rechtswidrig werden, wenn Art und Umfang der Maßnahmen dazu führen, dass die Voraussetzungen nicht mehr vorliegen, die für eine rechtmäßige Arbeitskampfmaßnahme maßgebend sind.

Sympathie-, Solidaritäts- oder Unterstützungstreiks zur Durchsetzung der im Hauptarbeitskampf verfolgten Forderungen sind nach neuerer Rechtsprechung des BAG nicht bereits deswegen rechtswidrig, weil der mit diesem Streik überzogene Arbeitgeber selbst nicht in der Lage ist, die Hauptforderung zu erfüllen. Die Zulässigkeit eines Sympathie-, Solidaritäts- oder Unterstützungstreiks ist im Einzelfall anhand der Angemessenheit zu beurteilen (vgl. BAG vom 19. Juni 2007 – 1 AZR 396/06 = AP Nr. 173 zu Art. 9 GG Arbeitskampf).

Bestehen Zweifel an der Rechtmäßigkeit einer Arbeitskampfmaßnahme, sollte zur Klärung dieser Frage, weil sie für die Rechtsfolgen und die zu treffenden Abwehrmaßnahmen von Bedeutung ist, Verbindung mit der vorgesetzten Behörde aufgenommen werden.

Die eigenmächtige Benutzung von Räumlichkeiten und Gegenständen (z.B. Fahrzeuge und Geräte) des Arbeitgebers im Zusammenhang mit Arbeitskampfmaßnahmen ist rechtswidrig und daher unzulässig. Die eigenmächtige Benutzung von Kraftfahrzeugen des Arbeitgebers stellt sich darüber hinaus als unbefugter Gebrauch von Fahrzeugen im Sinne von § 248 b des Strafgesetzbuches (StGB) dar (vgl. LAG Düsseldorf vom 24. Januar 1990 - 12 Sa 1169/89 -). Rechtswidrig sind Streikausschreitungen, z.B. die Blockade der Zugangs-/Zufahrtswege bzw. Abgangs-/Abfahrtswege durch Menschenketten, Fahrzeuge usw., die Behinderung von arbeitswilligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern oder Besuchern sowie tätliche Übergriffe oder Angriffe auf arbeitswillige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Besucher (z.B. Körperverletzungen oder Beleidigungen) und die Beschädigungen von betrieblichen Einrichtungen (vgl. BAG vom 21. Juni 1988 - 1 AZR 651/86 = AP Nr. 108 zu Art. 9 GG Arbeitskampf, ZTR 1988 S. 464 - und vom 8. November 1988 - 1 AZR 417/86 = AP Nr. 111 zu Art. 9 GG Arbeitskampf, ZTR 1989 S. 276). Derartige Handlungen führen jedoch nicht zu einer Rechtswidrigkeit des Streiks insgesamt, sondern können allenfalls Schadensersatzansprüche und Unterlassungsansprüche wegen der Einzelmaßnahmen begründen.

Wegen der Folgen der Beteiligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an rechtswidrigen Arbeitskampfmaßnahmen wird auf Abschnitt K verwiesen.

### **B. Vorbereitung auf Arbeitskampfmaßnahmen**

## I. Vorsorgliche Maßnahmen

### 1. Aufgabenverteilung innerhalb der Verwaltung/des Betriebes

Die besonderen Aufgaben, die bei Arbeitskampfmaßnahmen auf die Verwaltung/den Betrieb zukommen, sollen in einem eindeutigen Aufgabenverteilungsplan auf verantwortliche, nicht am Arbeitskampf beteiligte Beschäftigte aufgeteilt werden. Auch die Vertretung dieser Beschäftigten ist zu regeln.

Die eingeteilten Beschäftigten sollen sich auf ihre Aufgaben besonders vorbereiten.

Im Aufgabenverteilungsplan sollen insbesondere folgende Zuständigkeiten geregelt werden:

- a) Festlegung, Vorbereitung, Durchführung und Beaufsichtigung der Notdienstarbeiten einschließlich der Vorbereitung der Notdienst- und Sonderausweise (vgl. Nrn. 2 und 3, Unterabschnitt III und Abschnitt D Unterabschn. II),
- b) Information der Öffentlichkeit, Kontakt mit Presse, Funk und Fernsehen, gegebenenfalls in Abstimmung mit der obersten Dienstbehörde und dem Finanz-/Innenminister/-senator (vgl. Abschnitt D Unterabschn. I Nr. 1),
- c) Verbindung zu Behörden (vgl. Abschnitt D Unterabschn. I Nrn. 2 und 3),
- d) Verbindung zur vorgesetzten Behörde (vgl. Abschnitt D Unterabschn. I Nr. 1),
- e) Information der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die jeweilige Arbeitskampsituation (vgl. Nr. 4, Unterabschnitt II und Abschnitt D Unterabschn. III),
- f) Aufrechterhaltung des Informationsflusses, insbesondere ständige Besetzung der Telefonzentrale (vgl. Nr. 4, Unterabschnitt II und Abschnitt D Unterabschn. III),
- g) Dokumentation des Verlaufs des Arbeitskampfes und schriftliche Niederlegung aller Vorkommnisse von besonderer Bedeutung (vgl. Abschnitt E),
- h) Angelegenheiten der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (vgl. Nr. 4),
- i) Unterrichtung der Agentur für Arbeit, der Krankenkassen und der Arbeitsschutzbehörden (vgl. Abschnitt D Unterabschn. I Nr. 2),
- k) Unterrichtung von Abnehmern, Zulieferern und anderen Betroffenen (vgl. Abschnitt D Unterabschn. I Nr. 4),
- l) Kontakt mit dem Personalrat/Betriebsrat (vgl. Abschnitt H).

## 2. Notdienstarbeiten und ihre Vorbereitung

Welche Arbeiten als Notdienstarbeiten anzusehen sind, muss in jedem Einzelfall entschieden werden. Es kommt auf die Art und die Aufgaben der Verwaltung/des Betriebes an. Notdienstarbeiten sind auch Erhaltungsarbeiten, also Arbeiten, die erforderlich sind, um während des Arbeitskampfes die sächlichen Mittel der Verwaltung/des Betriebes in dem Zustand zu erhalten, in dem sie sich bei Beginn des Arbeitskampfes befanden, sowie Arbeiten, deren Sicherstellung dem Arbeitgeber durch öffentlich-rechtliche Vorschriften aufgegeben ist. Zu den Notdienstarbeiten gehören auch Notstandsarbeiten, also Arbeiten, die die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Diensten und Gütern (z.B. Wasser- und Energieversorgung) während des Arbeitskampfes sicherzustellen haben (vgl. BAG vom 30. März 1982 - 1 AZR 265/80 = AP Nr. 74 zu Art. 9 GG Arbeitskampf).

Zu den Notdienstarbeiten gehören demnach insbesondere Arbeiten, die notwendig sind

- a) zur Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Diensten und Gütern,
- b) im öffentlichen Interesse, z.B. zur Sicherung von Anlagen, von denen ohne Sicherung Gefahren ausgehen können,
- c) zur Sicherung und Erhaltung von Anlagen oder von Gütern und zur Gewährleistung der unverzüglichen Wiederaufnahme der Arbeit nach dem Ende des Arbeitskampfes,
- d) zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie des öffentlichen Gesundheitsdienstes und zur Durchführung von Arbeiten, deren Sicherstellung dem Arbeitgeber durch öffentlich-rechtliche Vorschriften aufgegeben ist.

Die Notdienstarbeiten müssen so vorbereitet sein, dass sie bei Beginn von Arbeitskampfmaßnahmen, soweit notwendig, unverzüglich aufgenommen werden können. Wichtig ist die rechtzeitige Festlegung der erforderlichen Arbeiten nach Art und Umfang.

Zu den Notdienstarbeiten sollen grundsätzlich diejenigen Beschäftigten herangezogen werden, die auch sonst diese Arbeiten verrichten.

Auf Unterabschnitt III wird hingewiesen.

## 3. Vorbereitung des Notdienstes und der Ausstellung von Notdienst- und Sonderausweisen

Beschäftigte, die für den Notdienst vorgesehen sind, sollen vor Beginn von Arbeitskampfmaßnahmen schriftlich zum Notdienst verpflichtet werden. Es kann notwendig werden, Notdienstausweise auszustellen. Ferner kann es zweckmäßig sein, an Beschäftigte, die kein Streikrecht haben (z.B. Beamte sowie Auszubildende, wenn es nicht um ihre tariflichen Beschäftigungsbedingungen geht), und an Beschäftigte, die außerhalb des Arbeitskampfes stehen (z.B. Krankenpflegekräfte, wenn nur Ärztinnen und Ärzte am Arbeitskampf beteiligt

sind) Sonderausweise auszugeben. Die Ausgabe von Sonderausweisen unterliegt nicht der Mitbestimmung des Personalrats/Betriebsrats (vgl. BAG vom 16. Dezember 1986 - 1 ABR 35/85 = AP Nr. 13 zu § 87 BetrVG 1972 Ordnung des Betriebes). Auf Nr. 2, Unterabschnitt III und Abschnitt G wird verwiesen.

Muster für eine Notdienstvereinbarung (Anlage 1), für ein Verpflichtungsschreiben zum Notdienst (Anlage 2), für einen Notdienstausweis (Anlage 3) und für einen Sonderausweis (Anlage 4) sind beigelegt. Die notwendigen Formulare sollten rechtzeitig hergestellt werden.

#### **4. Vorbereitung der Information der Beschäftigten**

Über die Auswirkungen von Arbeitsk Kampfmaßnahmen auf das einzelne Arbeitsverhältnis sollten die Beschäftigten schriftlich, z.B. durch ein Rundschreiben oder einen Mitarbeiterbrief, zeitgerecht informiert werden. Ein Textvorschlag ist als Anlage 5 beigelegt.

Ferner sollte geprüft werden, ob im Falle drohender Arbeitsk Kampfmaßnahmen ein Auskunftsdienst zur Beantwortung von Fragen der Beschäftigten eingerichtet werden soll. Es ist sicherzustellen, dass jederzeit schriftliche Mitteilungen an die Beschäftigten herausgegeben werden können.

Wird in der Verwaltung/dem Betrieb eine größere Anzahl ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt, sollte rechtzeitig für zuverlässige Dolmetscher gesorgt werden.

Im Übrigen wird auf Unterabschnitt II hingewiesen.

## **II. Information der Beschäftigten**

Eine wichtige Aufgabe der Verwaltung/des Betriebes ist es, die Beschäftigten zeitgerecht in geeigneter Weise über den Standpunkt der Arbeitgeberseite zu den Forderungen der Gewerkschaften, insbesondere auch über die Kosten dieser Forderungen für ihre Verwaltung/ihren Betrieb, sowie über die Auswirkungen vorliegender Angebote der Arbeitgeber auf das Einkommen der Beschäftigten und die sich hieraus ergebenden Kosten zu unterrichten. Eine ausführliche Information sollte insbesondere nach der Ankündigung einer Urabstimmung erfolgen.

Inhalt und Art der Informationen sollten nach den örtlichen Gegebenheiten ausgerichtet werden.

## **III. Verpflichtung von Beschäftigten zum Notdienst**

Die Verwaltung/Der Betrieb hat die Aufgabe, rechtzeitig die Notdienstarbeiten (vgl. Unterabschnitt I Nr. 2) sicherzustellen.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind zur Durchführung von Notdienstarbeiten, die auch in "unterwertigen" Tätigkeiten bestehen können, verpflichtet. Lehnt es eine Arbeitnehmerin bzw. ein Arbeitnehmer ohne triftigen Grund ab, Notdienstarbeiten zu verrichten, kann sie/er für den hierdurch entstehenden Schaden haftbar gemacht werden. Außerdem kann dies ein Grund zur außerordentlichen Kündigung sein. Die Verwaltung/Der Betrieb hat auch die Möglichkeit, Arbeit-



nehmerinnen und Arbeitnehmer, die die Verrichtung von Notdienstarbeiten verweigern, durch eine beim Arbeitsgericht zu erwirkende einstweilige Verfügung zur Arbeitsaufnahme zu veranlassen. Ein solches Vorgehen sollte jedoch mit der vorgesetzten Behörde abgestimmt werden.

Der Arbeitgeber ist zuständig und befugt, die Notdienstarbeiten zu bestimmen und die für den Notdienst erforderlichen Beschäftigten zu verpflichten und einzusetzen (vgl. Unterabschnitt I Nr. 2). Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben keinen Anspruch auf Einsatz im Notdienst; dies gilt auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich nicht am Arbeitskampf beteiligen (vgl. BAG vom 31. Januar 1995 - 1 AZR 142/94 = AP Nr. 135 zu Art. 9 GG Arbeitskampf = ZTR 1995 S. 551). Es ist jedoch zweckmäßig, Art und Umfang der Notdienstarbeiten und die Auswahl der hiermit zu beauftragenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit den Gewerkschaften bzw. der Streikleitung abzustimmen und gegebenenfalls auch den Personalrat/Betriebsrat zu unterrichten (vgl. BAG vom 30. März 1982 - 1 AZR 265/80 = AP Nr. 74 zu Art. 9 GG Arbeitskampf). In der Praxis ist es empfehlenswert, eine schriftliche Notdienstvereinbarung nach dem Muster der Anlage 1 abzuschließen.

Regelungen in Notdienstvereinbarungen, die arbeitswilligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern während eines Arbeitskampfes den Zutritt zur Verwaltung/zum Betrieb versagen, sollten unbeschadet ihrer rechtlichen Zulässigkeit (vgl. BAG vom 22. März 1994 - 1 AZR 622/93 = AP Nr. 130 zu Art. 9 GG Arbeitskampf = ZTR 1994 S. 512) nicht vereinbart werden. Derartige Regelungen führen zu einer nicht hinnehmbaren Einschränkung des Arbeitgebers. Entsprechendes gilt auch für Regelungen, nach denen es dem Arbeitgeber untersagt wird, durch Dritte arbeitskampf-betroffene Leistungen innerhalb oder außerhalb der Verwaltung/des Betriebes zu erbringen.

Für die Ausstellung von Notdienstausweisen ist der Arbeitgeber zuständig. Es bestehen keine Bedenken, wenn die Gewerkschaften bzw. die Streikleitung die Notdienstausweise für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit unterzeichnen.

### **C. Durchführung einer Urabstimmung**

Der Arbeitgeber ist nicht verpflichtet, die Urabstimmung auf dem Gelände der Verwaltung/des Betriebes und während der Arbeitszeit durchführen zu lassen. Es bestehen jedoch keine Bedenken, die Urabstimmung innerhalb der Verwaltung/des Betriebes zuzulassen und gegebenenfalls geeignete Räume zur Verfügung zu stellen. In größeren Verwaltungen/Betrieben kann es zweckmäßig sein, verschiedene Räume in den einzelnen Teilen der Verwaltung/des Betriebes zur Verfügung zu stellen.

Wird die Urabstimmung mit Zustimmung des Arbeitgebers ausnahmsweise während der Arbeitszeit durchgeführt, haben die an der Urabstimmung teilnehmenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keinen Anspruch auf Arbeitsentgelt für die ausgefallene Arbeitszeit. Es bestehen jedoch keine Bedenken, den einzelnen Arbeitnehmern die erforderliche Arbeitsbefreiung zur Stimmabgabe zu gewähren, wenn die dienstlichen bzw. betrieblichen Verhältnisse dies zulassen und die Dauer der Arbeitsbefreiung auf das unumgänglich notwendige Maß beschränkt wird.

Hinsichtlich der Arbeitszeit von Mitgliedern des Urabstimmungsvorstandes, die infolge der Teilnahme an der Vorbereitung und Durchführung der Urabstimmung ausgefallen ist, wird auf Abschnitt F Unterabschn. I Nr. 2 verwiesen.

Die vorstehenden Ausführungen gelten entsprechend für Urabstimmungen, die nach dem Beginn von Arbeitskampfmaßnahmen durchgeführt werden.

Die Vorbereitung oder Durchführung einer Urabstimmung im Rahmen einer Personalversammlung/Betriebsversammlung ist nicht zulässig, da die Urabstimmung bereits eine Arbeitskampfmaßnahme ist (vgl. Abschnitt F Unterabschn. I Nr. 2).

Gewerkschaftliche Verlautbarungen über die Urabstimmung am Schwarzen Brett der Verwaltung/des Betriebes oder des Personalrates/Betriebsrates sind nicht zulässig. Verlautbarungen, die mehr enthalten als eine Unterrichtung über Zeit und Ort der Urabstimmung, die also z.B. für die Beteiligung an dem Arbeitskampf werben, brauchen auf dem Gelände der Verwaltung/des Betriebes nicht geduldet zu werden.

## **D. Verhalten bei Arbeitskampfmaßnahmen**

### **I. Unterrichtung Dritter**

#### **1. Vorgesetzte Behörde und Öffentlichkeit**

Über den Beginn von Arbeitskampfmaßnahmen ist die vorgesetzte Behörde - gegebenenfalls telefonisch, per E-Mail oder per Telefax - sofort zu unterrichten. Gleichzeitig ist die Öffentlichkeit zu informieren. Dabei ist auf schon eingetretene oder noch zu erwartende Erschwernisse aufgrund der Arbeitskampfmaßnahmen hinzuweisen.

Die vorgesetzte Behörde ist nach Beendigung des Arbeitskampfes umfassend zu informieren. Dazu ist das als Anlage 6 beigefügte Formblatt zu verwenden. Auf Abschnitt E wird verwiesen.

#### **2. Agentur für Arbeit, Krankenkasse und Arbeitsschutzbehörde**

##### **a) Agentur für Arbeit**

Arbeitgeber, in deren Betrieben ein Arbeitskampf stattfindet, haben bei dessen Ausbruch und Beendigung der Agentur für Arbeit unverzüglich Anzeige zu erstatten (§ 320 Abs. 5 SGB III). Die Anzeige bei Ausbruch des Arbeitskampfes muss Name und Anschrift des Betriebes, Datum des Beginns der Arbeitseinstellung und Zahl der betroffenen Beschäftigten enthalten. Die Anzeige bei Beendigung des Arbeitskampfes muss außer Name und Anschrift des Betriebes das Datum der Beendigung der Arbeitseinstellung, die Zahl der an den einzelnen Tagen betroffenen Beschäftigten und die Zahl der durch Arbeitseinstellung ausgefallenen Arbeitstage enthalten.

Die Anzeigen sollen in zweifacher Ausfertigung mit den bei der Agentur für Arbeit erhältlichen Vordrucken (vgl. Muster **Anlagen 7 und 8**) erstattet werden. Die Vordrucke sind im Internet abrufbar über die Homepage der Bundesagentur für Arbeit unter { HYPERLINK "http://www.arbeitsagentur.de" } über die Pfade „Formulare“, „Formulare für Unternehmen“, „Entlassungen, Streik“.

Die Agentur für Arbeit darf in einem durch einen Arbeitskampf unmittelbar betroffenen Bereich nur dann vermitteln, wenn die/der Arbeitssuchende und der Arbeitgeber dies trotz eines Hinweises auf den Arbeitskampf verlangen (§ 36 Abs. 3 SGB III).

#### **b) Krankenkassen**

Durch die Teilnahme an einem Arbeitskampf wird das Versicherungsverhältnis in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht berührt, solange sich die Versicherungspflichtigen in einem rechtmäßigen Arbeitskampf befinden (§ 192 Abs. 1 Nr. 1 SGB V).

Im Falle rechtswidriger Arbeitskampfmaßnahmen, die länger als einen Monat dauern, müssen Abmeldungen bei der Krankenkasse vorgenommen werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf Abschnitt F Unterabschn. II Nr. 1 verwiesen.

#### **c) Arbeitsschutzbehörde**

In bestreikten Betrieben bestimmter Art können von den Betriebsanlagen Gefahren für die Beschäftigten oder die Öffentlichkeit ausgehen, die eine vorsorgliche Unterrichtung der Arbeitsschutzbehörden zweckmäßig erscheinen lassen. Diese Betriebe sollten deshalb die zuständige Arbeitsschutzbehörde von dem Beginn und der Beendigung einer Arbeitskampfmaßnahme unterrichten. Es empfiehlt sich, gleichzeitig die Art des bestreikten Betriebes bzw. Betriebsteiles, die Gesamtzahl der Beschäftigten des Betriebes oder Betriebsteiles und die Zahl der am Streik beteiligten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mitzuteilen.

### **3. Gemeindeverwaltung und Polizeibehörde**

Der Gemeindeverwaltung sollen der Zeitpunkt des Beginns, die Art und der Umfang der Arbeitskampfmaßnahme sowie ihre Beendigung mitgeteilt werden. Sofern durch den Verlauf der Arbeitskampfmaßnahme die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet ist, insbesondere wenn es zu strafbaren Handlungen kommen sollte, ist hierüber die örtliche Polizeibehörde zu unterrichten.

### **4. Abnehmer, Zulieferer und sonstige Betroffene**

Von den in Betracht kommenden Verwaltungen/Betrieben sollten Abnehmer, Zulieferer und sonstige Betroffene über den Beginn und das Ende der Arbeits-

kampfmaßnahme und das Ausmaß der sich ergebenden Beschränkungen unterrichtet werden.

## **II. Einsatz des Notdienstes**

Mit Beginn der Arbeitskampfmaßnahme muss der Notdienst (vgl. Abschnitt B Unterabschn. III) seine Tätigkeit aufnehmen. Eine Behinderung der zum Notdienst verpflichteten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, z.B. durch Streikposten oder Streikende, ist rechtswidrig. Kommt es trotzdem zu Behinderungen, können die Verursacher für den hieraus entstehenden Schaden haftbar gemacht werden. Außerdem können sich sonstige arbeitsrechtliche sowie strafrechtliche Folgen ergeben. Es empfiehlt sich, die in Frage kommenden Personen festzustellen. Im Übrigen wird auf die Abschnitte E und K hingewiesen.

## **III. Information der Beschäftigten**

Es muss sichergestellt werden, dass während der Arbeitskampfmaßnahmen jederzeit Informationen von der Verwaltung/dem Betrieb an die Beschäftigten gegeben werden können. Hierzu ist es insbesondere notwendig, die Telefonzentrale funktionsfähig zu halten und sicherzustellen, dass schriftliche Mitteilungen für die Beschäftigten gefertigt und diesen zur Kenntnis gebracht werden können. Inhalt und Umfang der Informationen an die Beschäftigten müssen sich nach der jeweiligen Arbeitskampsituation in der Verwaltung/dem Betrieb richten (vgl. Abschnitt B Unterabschn. I Nr. 1 Buchst. e und Nr. 4 sowie Unterabschn. II).

## **E. Dokumentation der Arbeitskampfmaßnahmen**

Der Ablauf der Arbeitskampfmaßnahmen und von damit im Zusammenhang stehenden Ereignissen ist zu dokumentieren. Mit der Erstellung dieser Dokumentation ist rechtzeitig eine verantwortliche Person zu beauftragen, damit alle wichtigen Vorfälle festgehalten werden. Insbesondere müssen Ausfallzeiten der Beschäftigten, Arbeitszeiten im Notdienst, etwaige Streikausschreitungen, Sachbeschädigungen, die Benutzung von Gegenständen des Arbeitgebers und dergleichen festgestellt und die erforderlichen Beweismittel gesichert werden. Auf die in der Anlage 6 enthaltenen Hinweise wird verwiesen.

Wegen der Unterrichtung der vorgesetzten Behörde nach Beendigung der Arbeitskampfmaßnahmen wird auf Abschnitt D Unterabschn. I Nr. 1 verwiesen.

## **F. Rechtliche Folgen der Beteiligung an Arbeitskampfmaßnahmen**

### **I. Auswirkungen auf das Einzelarbeitsverhältnis**

#### **1. Allgemeines**

Bei einer rechtmäßigen Arbeitskampfmaßnahme handeln die die Arbeit niederlegenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht arbeitsvertragswidrig. Durch die kollektive Arbeitsniederlegung wird das Arbeitsverhältnis nicht aufge-

löst. Die Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsvertrag ruhen für die Dauer der Beteiligung an der Arbeitskampfmaßnahme. Dies gilt unabhängig davon, ob die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die die Arbeit niederlegen, Mitglied einer Gewerkschaft sind.

Dem selbst vom Arbeitskampf betroffenen Arbeitgeber steht es frei, wie er auf die kampfbedingte Lage reagiert. Er kann die Verwaltung/den Betrieb bzw. den Verwaltungsteil/den Betriebsteil, die/der unmittelbar vom Arbeitskampf betroffen ist, stilllegen. In diesem Fall muss er arbeitswillige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht weiterbeschäftigen (vgl. BAG vom 22. März 1994 - 1 AZR 622/93 = AP Nr. 130 zu Art. 9 GG Arbeitskampf = ZTR 1994 S. 512 - und vom 31. Januar 1995 - 1 AZR 142/94 = AP Nr. 135 zu Art. 9 GG Arbeitskampf = ZTR 1995 S. 551). Die die Arbeitsverhältnisse suspendierende Stilllegung bedarf der Erklärung des Arbeitgebers.

Diese Erklärung muss sich an die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer richten, während eine Erklärung gegenüber der Gewerkschaft weder erforderlich noch ausreichend ist. An einer Stilllegungserklärung fehlt es, solange sich der Arbeitgeber nicht festlegt, sondern sich die rechtliche Möglichkeit offen hält, die Arbeitsleistung jederzeit in Anspruch zu nehmen. Die (Weiter-)Beschäftigung von Beamtinnen und Beamten steht einer Stilllegungserklärung des Arbeitgebers nicht entgegen (vgl. BAG vom 11. Juli 1995 - 1 AZR 63/95 = NZA 1996 S. 214). Legt er die Verwaltung/den Betrieb bzw. den Verwaltungsteil/den Betriebsteil nicht still, hat er arbeitswillige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer grundsätzlich weiter zu beschäftigen. Diese Verpflichtung entfällt jedoch, wenn wegen der Auswirkung der Arbeitskampfmaßnahme eine Weiterbeschäftigung im Rahmen der Aufgabenstellung der Verwaltung/des Betriebes bzw. des Verwaltungsteils/des Betriebsteils nicht mehr möglich oder nicht mehr zumutbar ist (vgl. BAG vom 14. Dezember 1993 - 1 AZR 550/93 = AP Nr. 129 zu Art. 9 GG Arbeitskampf - und vom 11. Juli 1995 - 1 AZR 63/95 und 1 AZR 161/95 = NZA 1996 S. 214 und S. 209).

Nach Beendigung der Arbeitskampfmaßnahme besteht für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Anspruch auf Weiterbeschäftigung, es sei denn, dass das Arbeitsverhältnis im Einzelfall wirksam gekündigt oder auf andere Weise beendet worden ist.

Soweit nachstehend auf Bestimmungen des TV-L und des TVÜ-Länder hingewiesen wird, gelten die Ausführungen bei Anwendung des TV-Ärzte und des TVÜ-Ärzte entsprechend.

## **2. Arbeitsentgelt, Jahressonderzahlung, Feiertagsbezahlung**

Für die wegen der Beteiligung an Arbeitskampfmaßnahmen ausfallende Arbeitszeit besteht kein Anspruch auf Arbeitsentgelt. Die Berechnung des zustehenden Arbeitsentgelts erfolgt in diesen Fällen nach § 24 Abs. 3 bis 5 TV-L bzw. den entsprechenden Regelungen in anderen Tarifverträgen. Dies gilt auch für kurze Streikaktionen und für arbeitswillige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die wegen der Arbeitskampfmaßnahmen in ihrer Verwaltung/ihrem Betrieb nicht beschäftigt werden (z.B. wegen Beeinflussung oder Behinderung durch Streikposten, Stilllegung der Verwaltung/des Betriebes, Ausfall der Verkehrsmittel). Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen durch die Teilnahme an der Vorbereitung und Durchführung der Urabstimmung in ihrer Ei-

genschaft als Mitglieder des Urabstimmungsvorstandes Arbeitszeit ausgefallen ist, haben ebenfalls keinen Anspruch auf Arbeitsentgelt (vgl. auch Abschnitt C).

Sind in der Verwaltung/dem Betrieb Zeiterfassungsgeräte vorhanden und besteht die Verpflichtung, diese Geräte beim Betreten bzw. Verlassen der Verwaltung/des Betriebes zu betätigen, liegt eine Pflichtverletzung vor, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Zweck der Teilnahme an einer Arbeitskampfmaßnahme während der Arbeitszeit die Verwaltung/den Betrieb verlassen und wieder betreten, ohne dies durch Betätigung der Zeiterfassungsgeräte zu dokumentieren. Durch die Streikteilnahme sind lediglich die Hauptpflichten der Vertragsparteien suspendiert, nicht aber auch die Nebenpflichten, wie das Betätigen des Zeiterfassungsgerätes. Diese Pflichtverletzung kann der Arbeitgeber abmahnen (vgl. LAG Hamm vom 25. Mai 1993 - 4 Sa 11/93 -). Die wiederkehrend von den Gewerkschaften unter Bezugnahme auf das BAG-Urteil vom 26. Juli 2005 - 1 AZR 133/04 - vertretene Rechtsauffassung, dass keine Verpflichtung der Beschäftigten zur Betätigung des Zeiterfassungsgerätes bestehe, wird nicht geteilt. Das BAG hat sich in dem Urteil, dem eine andere Fragestellung zu Grunde lag, nicht mit der Verpflichtung zur Betätigung des Zeiterfassungsgerätes und dem Urteil des LAG Hamm auseinandergesetzt. Auf die Verpflichtung zur Betätigung der Zeiterfassungsgeräte sollte vor Streikbeginn nochmals ausdrücklich hingewiesen werden.

Ein Anspruch von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf Nachholung der durch eine Arbeitskampfmaßnahme ausgefallenen Arbeitszeit besteht nicht. Bei gleitender Arbeitszeit ist für die Arbeitszeitberechnung und für die Berechnung der Arbeitsentgeltkürzung bei ganztägigem Arbeitsausfall die auf die Sollarbeitszeit und bei teilweisem Arbeitsausfall die auf die Kernarbeitszeit entfallende Ausfallzeit zugrunde zu legen. Eine Arbeitsentgeltkürzung unterbleibt für Tage, an denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mindestens während der Kernarbeitszeit gearbeitet haben. Haben sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen einer Gleitzeitregelung in zulässiger Weise wegen Freizeitnahme aus dem betrieblichen Zeiterfassungssystem abgemeldet und anschließend an einer Protestkundgebung teilgenommen, vermindert sich die vertragliche Sollarbeitszeit und der Entgeltanspruch nicht um die Zeit der Kundgebungs teilnahme (vgl. BAG vom 26. Juli 2005 - 1 AZR 133/04 = AP Nr. 170 zu Art. 9 GG Arbeitskampf).

Ist nach einer Dienst-/Betriebsvereinbarung über gleitende Arbeitszeit der Stand des Gleitzeitkontos auf der Grundlage der von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geschuldeten Arbeitszeit zu berechnen, bleiben Zeiten außer Betracht, in denen das Arbeitsverhältnis wegen Teilnahme am Arbeitskampf geruht hat. Arbeitskampfbedingte Ausfallzeiten führen nicht zu einer Belastung des Gleitzeitkontos, sondern zu einer Minderung des Arbeitsentgelts (vgl. BAG vom 30. August 1994 - 1 AZR 765/93 = AP Nr. 131 zu Art. 9 GG Arbeitskampf).

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Verwaltung/Betrieb nicht bestreikt wird, die jedoch infolge eines Arbeitskampfes (z.B. wegen Ausfalls der Strom- und Gasversorgung oder der Verkehrsmittel, vgl. BAG vom 8. September 1982 - 5 AZR 283/80 = AP Nr. 59 zu § 616 BGB) nicht oder nur in einem geringeren Umfange beschäftigt werden können, haben keinen Anspruch auf Arbeitsentgelt für die ausgefallene Arbeitszeit.

Können Beschäftigte bei einem Wellenstreik für den Rest einer laufenden Schicht nicht beschäftigt werden, so tragen sie das Entgeltrisiko, auch wenn die Zeit der Nichtbeschäftigung außerhalb der Kurzstreiks liegt, wenn dem Arbeitgeber eine andere Planung nicht zumutbar war, da bei einem Wellenstreik die Abwehrmaßnahmen des Arbeitgebers nicht immer auf die Zeit der einzelnen Kurzstreiks begrenzt sind (BAG vom 12. November 1996 – 1 AZR 364/96 = AP Nr. 147 zu Art. 9 GG Arbeitskampf; BAG vom 17. Februar 1998 – 1 AZR 386/97 = AP Nr. 152 zu Art. 9 GG Arbeitskampf; BAG vom 15.12.1998 – 1 AZR 216/98 = AP Nr. 155 zu Art. 9 GG Arbeitskampf).

Der Entgeltanspruch der Beschäftigten bleibt erhalten, wenn der Arbeitgeber Arbeiten wegen Androhung eines Streiks im eigenen Betrieb fremd vergibt, der Streik aber nicht stattfindet (BAG vom 15.12.1998 – 1 AZR 289/98 = AP Nr. 154 zu Art. 9 GG Arbeitskampf).

Es sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Zahlung von Arbeitsentgelt für Zeiträume auszuschließen, für die kein Anspruch besteht. Soweit Arbeitsentgelt bereits für Zeiten gezahlt worden ist, für die kein Anspruch besteht, ist der Rückzahlungsanspruch unverzüglich geltend zu machen. Bei Aufrechnung gegen Ansprüche auf Bezüge für spätere Zeiträume sind die Pfändungsgrenzen zu beachten.

Werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wegen und während der Arbeitskampfmaßnahme "unterwertig" beschäftigt (z.B. im Notdienst), werden die auf ihrer Entgeltgruppe beruhenden Ansprüche nicht berührt. Im Übrigen wird nur die angeordnete und geleistete Arbeit bezahlt.

Steht infolge eines Arbeitskampfes für mindestens einen vollen Kalendermonat kein Arbeitsentgelt zu, ergeben sich entsprechende Auswirkungen auf die Jahressonderzahlung (§ 20 Abs. 4 TV-L); vgl. hierzu auch die Entscheidung des BAG vom 3. August 1999 – 1 AZR 735/98 = AP Nr. 156 zu Art. 9 GG Arbeitskampf: „Ruhe des Arbeitsverhältnisses“ entspricht Ruhen der Hauptpflichten beim Streik.

Während eines Arbeitskampfes haben streikende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer grundsätzlich keinen Anspruch auf Feiertagsbezahlung nach § 2 Abs. 1 Entgeltfortzahlungsgesetz. Dies gilt auch dann, wenn die Arbeitskampfmaßnahme nur für einen arbeitsfreien Feiertag oder ein arbeitsfreies Wochenende unterbrochen worden ist. Ein Anspruch auf Feiertagsbezahlung besteht aber ausnahmsweise dann, wenn der Arbeitskampf unmittelbar vor einem gesetzlichen Feiertag endet oder sich unmittelbar an einen gesetzlichen Feiertag anschließt (vgl. BAG vom 31. Mai 1988 - 1 AZR 589/86 = AP Nr. 56 zu § 1 Feiertagslohnzahlungsg = NZA 1988 S. 886), sowie dann, wenn der Arbeitskampf unmittelbar vor einem gesetzlichen Feiertag endet, am Tag nach dem gesetzlichen Feiertag gearbeitet wird und an dem darauf folgenden Tag erneut gestreikt wird (vgl. BAG vom 11. Mai 1993 - 1 AZR 649/92 = AP Nr. 63 zu § 1 Feiertagslohnzahlungsg). Das Ende eines Streiks vor einem Feiertag ist dem Arbeitgeber aber von der Gewerkschaft bzw. den Beschäftigten mitzuteilen (vgl. BAG vom 23. Oktober 1996 – 1 AZR 269/96 = AP Nr. 146 zu Art. 9 GG Arbeitskampf); andernfalls bleibt die Zahlungspflicht des Arbeitgebers weiterhin suspendiert.

Für gesetzliche Feiertage während eines Arbeitskampfes steht die Feiertagsbezahlung zu, wenn Feiertage in den bewilligten Urlaub einer Arbeitnehmerin oder eines Arbeitnehmers fallen (vgl. BAG vom 31. Mai 1988 - 1 AZR 200/87 = AP Nr. 58 zu § 1 FeiertagslohnzahlungG = NZA 1988 S. 887). Ein Anspruch auf Feiertagsbezahlung besteht aber nicht für in einen Arbeitskampf fallende Feiertage, die einem bewilligten Urlaub unmittelbar vorausgehen oder sich an ihn unmittelbar anschließen (vgl. BAG vom 31. Mai 1988 - 1 AZR 192/87 = AP Nr. 57 zu § 1 FeiertagslohnzahlungG = NZA 1988 S. 889).

### **3. Entgelt im Krankheitsfall**

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die bereits vor Beginn der Arbeitskampfmaßnahme arbeitsunfähig waren, haben vom Beginn der Arbeitskampfmaßnahme an keinen Anspruch auf Entgelt im Krankheitsfall, wenn die Verwaltung/der Betrieb oder der Teil der Verwaltung/des Betriebes, in dem sie arbeiten würden, durch die Arbeitskampfmaßnahmen zum Erliegen kommt und die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer deshalb auch ohne die Arbeitsunfähigkeit wegen der Arbeitskampfmaßnahme keinen Anspruch auf Arbeitsentgelt hätte (vgl. BAG vom 8. März 1973 - 5 AZR 491/72 = AP Nr. 29 zu § 1 LohnFG). Tritt die Arbeitsunfähigkeit erst während der Arbeitskampfmaßnahme ein, besteht unter den gleichen Voraussetzungen ebenfalls kein Anspruch auf Entgelt im Krankheitsfall.

Der Anspruch auf Entgelt im Krankheitsfall lebt bei fortdauernder Arbeitsunfähigkeit mit dem Ende der Arbeitskampfmaßnahme wieder auf, sofern die für die Arbeitnehmerin oder den Arbeitnehmer maßgebende Krankenbezugsfrist noch nicht abgelaufen ist. Dabei ist zu beachten, dass sich die Krankenbezugsfrist nicht um die Tage verlängert, an denen die Arbeit in der Verwaltung/dem Betrieb infolge der Arbeitskampfmaßnahme ausgefallen ist (vgl. BAG vom 8. März 1973 - 5 AZR 491/72 = AP Nr. 29 zu § 1 LohnFG).

### **4. Arbeitgeberzuschuss nach § 14 Mutterschutzgesetz (MuSchG)**

Für den Arbeitgeberzuschuss zum Mutterschaftsgeld nach § 14 MuSchG gelten die Ausführungen in Nr. 3 entsprechend.

### **5. Urlaub, Arbeitsbefreiung**

- a) Während einer Arbeitskampfmaßnahme soll Anträgen auf Gewährung von Urlaub nicht entsprochen werden. Es bestehen jedoch keine Bedenken, wenn Urlaubsanträgen ausnahmsweise entsprochen wird, die
  - aa) mit der Urlaubsplanung der Verwaltung/des Betriebes im Einklang stehen oder
  - bb) von arbeitswilligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gestellt werden, die sich bis zum Zeitpunkt der Urlaubsgewährung nicht an der Arbeitskampfmaßnahme beteiligt haben.

Befinden sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim Beginn einer Arbeitskampfmaßnahme bereits im Urlaub, läuft dieser weiter (vgl. BAG



vom 9. Februar 1982 - 1 AZR 567/79 = AP Nr. 16 zu § 11 BUrlG). Ein vor Beginn der Arbeitskampfmaßnahme bewilligter Urlaub ist zu gewähren. Im Übrigen dürfen Arbeitstage, an denen die Arbeit infolge einer Arbeitskampfmaßnahme ausgefallen ist, nicht als Urlaubstage behandelt werden.

- b) Ein Anspruch auf Arbeitsbefreiung (z.B. nach § 29 TV-L) besteht nicht für Tage, an denen sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Arbeitskampfmaßnahme beteiligen oder an denen sie infolge der Arbeitskampfmaßnahme nicht arbeiten können. Eine Ausnahme gilt für arbeitswillige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die infolge der Arbeitskampfmaßnahme nicht arbeiten können, nur dann, wenn bei Beginn der Arbeitskampfmaßnahme die Arbeitsbefreiung bereits festgelegt war (vgl. BAG vom 15. Januar 1991 - 1 AZR 178/90 = AP Nr. 114 zu Art. 9 GG Arbeitskampf).

## **6. Beihilfen**

Beihilfen gemäß der Protokollerklärung zu § 13 TVÜ-Länder werden nicht zu Aufwendungen gewährt, die in einem Zeitpunkt entstanden sind, in dem das Arbeitsverhältnis wegen Beteiligung an einer Arbeitskampfmaßnahme geruht hat und die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer aus diesem Grunde keinen Anspruch auf Arbeitsentgelt hatte (vgl. BAG vom 5. November 1992 - 6 AZR 311/91 = AP Nr. 7 zu § 40 BAT). Dies gilt auch für sonstige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die wegen einer Arbeitskampfmaßnahme keinen Anspruch auf Arbeitsentgelt haben (vgl. Nr. 2).

## **7. Altersteilzeit im Blockmodell, Sabbatical**

Bei Altersteilzeitarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern, die sich während der Arbeitsphase des Blockmodells an Streikmaßnahmen beteiligen, verlängert sich die Arbeitsphase entsprechend § 8 Abs. 2 TV ATZ um die Hälfte der Tage ohne Entgeltanspruch. Entsprechendes gilt im Fall eines Sabbaticals.

## **8. Sonstiges**

Können arbeitswillige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer infolge eines Arbeitskampfes ihren Arbeitsplatz nicht rechtzeitig erreichen (z.B. wegen des Ausfalls öffentlicher Verkehrsmittel), haben sie im Rahmen des Zumutbaren alle anderen Möglichkeiten zu nutzen, um an ihren Arbeitsplatz zu gelangen und den Arbeitsausfall so gering wie möglich zu halten. Es kann sinnvoll sein, ggf. unter Beteiligung der Verwaltung/des Betriebes z.B. Fahrgemeinschaften zu bilden. Ein Ersatz von zusätzlichen Fahrkosten kommt grundsätzlich nicht in Betracht. Hinsichtlich des Arbeitsentgelts für ausgefallene Arbeitszeit wird auf Nr. 2 verwiesen.

## **II. Auswirkungen einer Arbeitskampfmaßnahme auf die Sozialversicherung und die Betriebliche Altersversorgung**

## 1. Krankenversicherung

Während der Dauer eines rechtmäßigen Arbeitskampfes besteht die Mitgliedschaft Versicherungspflichtiger in der gesetzlichen Krankenversicherung fort (vgl. § 192 Abs. 1 Nr. 1 SGB V).

Die Mitgliedschaft von in der gesetzlichen Krankenversicherung freiwillig Versicherten, die versicherungsfrei oder von der Versicherungspflicht befreit sind, wird durch den Wegfall des Entgelts infolge eines Arbeitskampfes ebenfalls nicht berührt. Dies gilt auch für die bei einer privaten Krankenversicherung versicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Mit dem Wegfall des Entgeltanspruchs infolge eines Arbeitskampfes entfällt der Anspruch auf den Zuschuss zum Krankenversicherungsbeitrag nach § 257 Abs. 1 oder 2 SGB V. Besteht infolge eines Arbeitskampfes nur für Teile eines Monats ein Entgeltanspruch und damit auch nur für Teile eines Monats Anspruch auf den Beitragszuschuss, ist dieser nach § 223 SGB V zu berechnen, d.h. für jeden Tag mit Entgeltanspruch besteht Anspruch auf ein Dreißigstel des monatlichen Beitragszuschusses.

Soweit kein Anspruch auf Entgelt im Krankheitsfall besteht (vgl. Unterabschnitt I Nr. 3), haben die in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, solange sie arbeitsunfähig sind, auch während einer Arbeitskampfmaßnahme Anspruch auf Krankengeld gegen die zuständige gesetzliche Krankenkasse, und zwar auch dann, wenn die gesetzliche Entgeltfortzahlungsfrist noch nicht abgelaufen ist. Es handelt sich dabei um einen originären Anspruch. Da in solchen Fällen die Krankenkasse nicht für den Arbeitgeber eintritt, scheidet ein Forderungsübergang nach § 115 Abs. 1 SGB X aus.

Während eines rechtswidrigen Arbeitskampfes besteht die Mitgliedschaft Versicherungspflichtiger in der gesetzlichen Krankenversicherung längstens für einen Monat (vgl. § 7 Abs. 3 Satz 1 SGB IV, § 192 Abs. 1 Nr. 1 SGB V).

Durch einen rechtmäßigen Arbeitskampf wird das sozialversicherungsrechtliche Beschäftigungsverhältnis nicht beendet.

Bei einem Arbeitskampf, der die Dauer eines Monats nicht überschreitet, hat keine Meldung nach der Datenerfassungs- und -übermittlungsverordnung (DEÜV) zu erfolgen. Bei einem Arbeitskampf, der länger als einen Monat dauert, gilt nach § 7 Abs. 3 Satz 1 SGB IV die Beschäftigung nach Ablauf eines Monats ohne Entgeltzahlung als unterbrochen, so dass mit der nächsten folgenden Entgeltabrechnung, spätestens innerhalb von sechs Wochen nach ihrem Ende eine Abmeldung nach § 8 Abs. 1 DEÜV zu erstatten ist. Dabei ist zu beachten, dass bei einem rechtmäßigen Arbeitskampf keine Beendigung der Mitgliedschaft in der Krankenversicherung erfolgt (§ 192 Abs. 1 Nr. 1 SGB V). Die Wiederanmeldung hat mit der ersten folgenden Entgeltabrechnung, spätestens innerhalb einer Frist von sechs Wochen nach ihrem Beginn zu erfolgen (§ 6 DEÜV).

Da die Aufgaben der Träger der Pflegeversicherung von den gesetzlichen Krankenkassen wahrgenommen werden, besteht für die Pflegeversicherung keine weitere Meldepflicht.

## **2. Pflegeversicherung**

Für das Fortbestehen der Pflegeversicherung verweist § 49 Abs. 2 SGB XI auf die entsprechenden Regelungen im Krankenversicherungsrecht. Die Mitgliedschaft in der Pflegeversicherung besteht daher nach § 192 Abs. 1 Nr. 1 SGB V während eines rechtmäßigen Arbeitskampfes fort.

## **3. Rentenversicherung**

In der Rentenversicherung gilt unabhängig davon, ob es sich um einen rechtmäßigen oder rechtswidrigen Arbeitskampf handelt, die Beschäftigung gegen Arbeitsentgelt als fortbestehend, längstens jedoch für die Dauer eines Monats (§ 7 Abs. 3 Satz 1 SGB IV). Beiträge sind für die Zeit jedoch nicht zu entrichten.

Volle Kalendermonate, für die wegen eines Arbeitskampfes keine Beiträge entrichtet werden, sind keine Ersatzzeiten oder Ausfallzeiten. Sie können zur Erfüllung der Wartezeit und zur Rentensteigerung nur angerechnet werden, wenn die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer für sie freiwillige Beiträge entrichtet.

## **4. Arbeitslosenversicherung**

Für die Zeit, für die wegen des Arbeitskampfes kein Arbeitsentgelt gezahlt wird, sind keine Beiträge zur Bundesagentur für Arbeit zu entrichten. Aus § 24 Abs. 4 SGB III in Verb. mit § 7 Abs. 3 Satz 1 SGB IV folgt, dass Streikzeiten, die über einen Monat hinausgehen, nicht zur Erfüllung der Anwartschaft für den Anspruch auf Arbeitslosengeld dienen und nach § 127 SGB III bei der Berechnung der Dauer dieses Anspruchs nicht zu berücksichtigen sind.

Im Zusammenhang mit Arbeitskämpfen ist die Arbeitsverwaltung zur Neutralität verpflichtet (§ 146 SGB III). Sie darf nicht durch die Gewährung von Arbeitslosengeld in Arbeitskämpfe eingreifen. Daher ruhen die Ansprüche auf Arbeitslosengeld, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Beteiligung an einem inländischen Arbeitskampf arbeitslos geworden sind (vgl. § 146 Abs. 2 SGB III).

Inwieweit Ansprüche von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf Leistungen nach dem SGB III gegeben sind, die durch einen inländischen Arbeitskampf, an dem sie nicht beteiligt sind, arbeitslos geworden sind oder die infolge Kurzarbeit einen Arbeitsausfall erlitten haben (mittelbar vom Arbeitskampf Betroffene), richtet sich nach § 146 Abs. 3 und 4 SGB III.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Vorgängerregelung des § 116 AFG (jetzt § 146 SGB III) für mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt (vgl. BVerfG vom 4. Juli 1995 - 1 BvF 2/86 [und weitere] = AP Nr. 4 zu § 116 AFG).

## **5. Unfallversicherung**

Die an Arbeitskampfmaßnahmen beteiligten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

Dies gilt auch für Unfälle, die sich auf dem Weg zu der oder von der Arbeitsstelle ereignen, wenn die Arbeitsstelle aufgesucht wurde, um sich an Arbeitskampfmaßnahmen zu beteiligen.

## **6. Betriebliche Altersversorgung**

Die Pflichtversicherung bei der Zusatzversorgungskasse bleibt auch in der Zeit bestehen, in der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer infolge von Arbeitskampfmaßnahmen keinen Entgeltanspruch haben. Umlagen, Sanierungsgelder und Beiträge sind für diese Zeit nicht zu zahlen. Ergeben sich volle Kalendermonate, für die keine Umlagen usw. zu entrichten waren, oder vermindert sich wegen des Wegfalls des Arbeitsentgelts das zusatzversorgungspflichtige Entgelt, kann dies zu einer geringeren Betriebsrente führen. Kalendermonate, für die keine Umlagen usw. zu entrichten waren, können bei der Wartezeit nach § 6 Abs. 1 ATV (60 Kalendermonate), die für eine Gewährung der Betriebsrente erfüllt sein muss, nicht berücksichtigt werden. Die gesetzlichen Regelungen über die Unverfallbarkeit der Anwartschaften sind in diesem Zusammenhang allerdings zu beachten (vgl. hierzu § 34 Abs. 4 Satz 2 VBLS).

## **G. Rechte und Pflichten bestimmter Beschäftigter**

### **I. Arbeitswillige**

Bei einer Arbeitskampfmaßnahme sind arbeitswillige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer möglichst so lange zu beschäftigen, wie dies die Auswirkungen der Arbeitskampfmaßnahme zulassen. Zu der Frage des Entfallens einer Beschäftigungspflicht wird auf Abschnitt F Unterabschn. I Nr. 1 verwiesen.

### **II. Auszubildende, Praktikanten usw. in einem privatrechtlichen Ausbildungsverhältnis**

Diese Personen stehen nicht in einem Arbeitsverhältnis, sondern sind zu ihrer Ausbildung oder zum Erwerb bestimmter Kenntnisse oder Fähigkeiten beschäftigt. Sie haben jedoch ein Arbeitskampfrecht, wenn es um ihre tariflichen Beschäftigungsbedingungen geht (vgl. BAG vom 12. September 1984 - 1 AZR 342/83 = AP Nr. 81 zu Art. 9 GG Arbeitskampf). Soweit ihnen ein Arbeitskampfrecht zusteht, sind sie im Sinne dieser Richtlinien wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu behandeln.

Geht es nicht um ihre tariflichen Beschäftigungsbedingungen, stehen diese Personen außerhalb des Arbeitskampfes und dürfen deshalb an Arbeitskampfmaßnahmen (einschließlich Urabstimmung) nicht teilnehmen. Sie sind - gegebenenfalls durch den Einsatz des Notdienstes - unter Fortzahlung ihres Ausbildungsentgelts möglichst weiter auszubilden. Es kann zweckmäßig sein, einen Sonderausweis (Anlage 4) zum Betreten der Verwaltung/des Betriebes auszustellen.

Kommt die Verwaltung/der Betrieb wegen der Arbeitskampfmaßnahmen zum Erliegen, halten sich diese Personen aber gleichwohl zur Ausbildung bereit, kann für Personen, die unter den Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) fallen, z.B. aus § 19 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a BBiG entnommen werden, dass das Ausbildungsentgelt bis zur Dauer von sechs Wochen fortzuzahlen ist.

Beteiligen sich solche Personen an Arbeitskampfmaßnahmen, die ihre tariflichen Beschäftigungsbedingungen nicht betreffen, kann im Einzelfall eine Kündigung des Ausbildungsverhältnisses aus einem wichtigen Grund ohne Einhaltung der Frist (z.B. § 22 Abs. 2 Nr. 1 BBiG) in Betracht kommen. Ein solches Vorgehen sollte jedoch vorher mit der vorgesetzten Behörde abgestimmt werden. In jedem Fall entfällt der Anspruch auf Fortzahlung des Ausbildungsentgelts für die Zeit, in der diese Personen wegen Beteiligung an Arbeitskampfmaßnahmen nicht zur Verfügung stehen.

### **III. Beamtinnen und Beamte**

Beamtinnen und Beamte haben kein Arbeitskampfrecht. Die Teilnahme an Arbeitskampfmaßnahmen oder ihre Unterstützung stellen eine Dienstpflichtverletzung dar. Auf einen "Verbotsirrtum" können sich weder Beamtinnen und Beamte noch Verbände oder Gewerkschaften berufen. Das nicht rechtskräftige Urteil des VG Düsseldorf vom 15. Dezember 2010, 31 K 3904/10.O ändert daran nichts.

Bei rechtmäßigen Arbeitskampfmaßnahmen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist der Einsatz von Beamtinnen und Beamten auf bestreikten Arbeitsplätzen grundsätzlich nicht zulässig, solange hierfür eine gesetzliche Regelung nicht besteht (vgl. BVerfG vom 2. März 1993 - 1 BvR 1213/85 = AP Nr. 126 zu Art. 9 GG Arbeitskampf = ZTR 1993 S. 241). Ohne dass das BVerfG in der genannten Entscheidung dazu Stellung genommen hat, ist davon auszugehen, dass der Einsatz von Beamtinnen und Beamten auf bestreikten Arbeitsplätzen dann zulässig ist, wenn sie auf diesen Arbeitsplätzen Notdienstarbeiten durchzuführen haben.

Im Übrigen dürfen Beamtinnen und Beamte angeordnete Mehrarbeit nicht verweigern. Sie können aufgrund der ihnen obliegenden Verpflichtung, bei zwingenden dienstlichen Verhältnissen in Ausnahmefällen Mehrarbeit zu leisten, auch zu zusätzlichen Dienstleistungen im Rahmen ihres Amtes herangezogen sowie kurzfristig auch mit anderen als den ihnen regelmäßig obliegenden Aufgaben betraut werden, soweit dies bei einem besonderen zeitweilig auftretenden dringenden dienstlichen Bedürfnis sachlich geboten und zumutbar ist. Insoweit sind sie gegebenenfalls auch zur Leistung einer so genannten unterwertigen Tätigkeit verpflichtet (vgl. BVerwG vom 10. Mai 1984 - 2 C 18.82 = AP Nr. 87 zu Art. 9 GG Arbeitskampf - und BAG vom 10. September 1985 - 1 AZR 262/84 = AP Nr. 86 zu Art. 9 GG Arbeitskampf).

Weigern sich Beamtinnen und Beamte, einer dienstlichen Weisung, die einen derartigen Einsatz zum Gegenstand hat, nachzukommen, so sind sie ausdrücklich auf die Rechtslage sowie darauf hinzuweisen, dass die Weigerung eine Pflichtverletzung darstellt, die disziplinarrechtlich geahndet werden kann. Es kann sich als zweckmäßig erweisen, Beamtinnen und Beamten zur Vermeidung von Schwierigkeiten, die beim Betreten der Verwaltung/des Betriebes während eines Arbeitskampfes auftreten können, einen Sonderausweis (Anlage 4) auszustellen, der eindeutige Auskunft über die Eigenschaft als Beamtin bzw. Beamter gibt (vgl. Abschnitt B Unterabschn. I Nr. 3).

### **IV. Personen in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis, die nicht Beamte sind**

Die in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis stehenden Personen haben nicht das Recht, sich an Arbeitskampfmaßnahmen zu beteiligen.

Den Dienstherren wird empfohlen, diese Personen auf diese Rechtslage dann eindeutig hinzuweisen, wenn sich dazu eine Veranlassung ergibt.

Es kann zweckmäßig sein, diesen Personen zur Vermeidung von Schwierigkeiten, die beim Betreten der Verwaltung/des Betriebes während eines Arbeitskampfes auftreten können, einen Sonderausweis auszustellen, der eindeutige Auskunft über ihre Rechtsstellung gibt (vgl. Anlage 4).

## **V. Personen, die Zivildienst leisten**

Nach § 32a des Zivildienstgesetzes dürfen Zivildienstleistende während der Dauer eines Arbeitskampfes, durch den die Beschäftigungsstelle unmittelbar betroffen ist, nicht mit einer Tätigkeit beschäftigt werden, die in der Beschäftigungsstelle infolge des Arbeitskampfes nicht ausgeübt wird. Unberührt bleibt das Recht der Beschäftigungsstelle, Zivildienstleistende für den Notdienst einzusetzen.

## **H. Personalrat/Betriebsrat**

Der Personalrat/Betriebsrat hat sich in Bezug auf Arbeitskampfmaßnahmen neutral zu verhalten (vgl. die einschlägigen Vorschriften der Personalvertretungsgesetze der Länder und § 74 Abs. 2 des Betriebsverfassungsgesetzes). Bei einer groben Verletzung dieser Neutralitätspflicht (z.B. Einberufung einer Personal-/Betriebsversammlung zum Zwecke der Urabstimmung, Verteilung von Flugblättern, Aufforderung zur Arbeitsniederlegung) ist der Arbeitgeber berechtigt, die Auflösung des Personalrates/Betriebsrates durch gerichtliche Entscheidung zu beantragen.

Die einzelnen Mitglieder des Personalrates/Betriebsrates sind jedoch berechtigt, sich in ihrer Eigenschaft als Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer an Arbeitskampfmaßnahmen zu beteiligen. In dieser Eigenschaft können sie z.B. auch Mitglied eines Urabstimmungsvorstandes sein, der Streikleitung angehören oder Streikposten sein. Um ihre Neutralitätspflicht nicht zu verletzen, dürfen sie dabei aber nicht als Personalrats-/Betriebsratsmitglied handeln oder in Erscheinung treten.

Die vorstehenden Ausführungen gelten auch für die Jugend- und Auszubildendenvertretung (vgl. aber Abschnitt G Unterabschn. II und IV).

Während eines Arbeitskampfes sollten Besprechungen mit dem Personalrat/Betriebsrat durchgeführt werden mit dem Ziel, dass auch der Personalrat/Betriebsrat alles unternimmt, um Schäden in der Verwaltung/im Betrieb möglichst zu vermeiden bzw. so gering wie möglich zu halten.

## **I. Streikleitung, Streikposten und Streikausschreitungen**

Die Streikleitung der Gewerkschaft hat die Verantwortung für eine rechtmäßige Durchführung der Arbeitskampfmaßnahme. Die Tätigkeit in der Streikleitung der Gewerkschaft oder als Streikposten ist rechtmäßig. Streikposten verhalten sich jedoch rechtswidrig, wenn sie z.B. Arbeitswillige am Betreten der Verwaltung/des Betriebes mit Drohung oder Gewalt zu hindern versuchen.

Kommt es während der Arbeitskampfmaßnahme zu Ausschreitungen, ist die Streikleitung (ggf. die übergeordnete Streikleitung) unter Hinweis auf eine etwaige Schadensersatzpflicht unverzüglich aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, dass die rechtswidrigen Handlungen unterbleiben. Es kann auch zweckmäßig sein, die Polizei zu verständigen. Unter Umständen ist es erforderlich, eine einstweilige Verfügung zu erwirken; ein solches Vorgehen sollte jedoch vorher mit der vorgesetzten Behörde abgestimmt werden (vgl. auch Abschnitt D Unterabschn. I Nr. 1).

## **K. Teilnahme an rechtswidrigen Arbeitskampfmaßnahmen**

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die an rechtswidrigen Arbeitskampfmaßnahmen (vgl. Abschnitt A Unterabschn. II) teilnehmen, müssen damit rechnen, dass gegen sie die in der Rechtsordnung vorgesehenen Maßnahmen ergriffen werden. Hingewiesen wird besonders auf das Recht des Arbeitgebers, das Arbeitsverhältnis fristlos zu kündigen. Darüber hinaus kann der Arbeitgeber gegebenenfalls Ersatz des ihm entstandenen Schadens verlangen (vgl. BAG vom 21. Juni 1988 - 1 AZR 651/86 = AP Nr. 108 zu Art. 9 GG Arbeitskampf, ZTR 1988 S. 464).

Wird bei der eigenmächtigen Benutzung von Fahrzeugen des Arbeitgebers ein Unfall verursacht, durch den Personen- oder Sachschaden entsteht, ist die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer, die/der das Fahrzeug geführt hat, zum Schadensersatz verpflichtet. Hat den entstandenen Schaden zunächst ein Versicherer zu regulieren, hat dieser gegen die Arbeitnehmerin oder den Arbeitnehmer einen Regressanspruch (vgl. KG Berlin vom 2. März 1978 - 12 U 2934/77 -). Darüber hinaus muss der Fahrzeugführer, wenn Strafantrag gestellt wird, auch mit strafrechtlichen Konsequenzen nach § 248 b StGB rechnen.

**Notdienstvereinbarung**

Zwischen

.....,

vertreten durch

.....

- einerseits -

und

der Bezirksverwaltung der Gewerkschaft

.....

vertreten durch

.....

.....

- andererseits -

wird aus Anlass des Arbeitskampfes (.....) folgende Vereinbarung über die Einrichtung eines Notdienstes getroffen:

§ 1

Zweck dieser Vereinbarung ist die Sicherstellung der Notdienstarbeiten. Notdienstarbeiten sind insbesondere Arbeiten, die notwendig sind

- a) zur Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Diensten und Gütern,
- b) im öffentlichen Interesse, z.B. zur Sicherung von Anlagen, von denen ohne Sicherung Gefahren ausgehen können,
- c) zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie des öffentlichen Gesundheitsdienstes und zur Durchführung von Arbeiten, deren Sicherstellung dem Arbeitgeber durch öffentlich-rechtliche Vorschriften aufgegeben ist,
- d) zur Sicherung und Erhaltung von Anlagen oder von Gütern oder zur Gewährleistung der unverzüglichen Wiederaufnahme der Arbeit nach dem Ende des Arbeitskampfes.



§ 2

Es werden folgende Notdienste eingerichtet:

*(Text mit genauer Aufzählung der erforderlichen Dienste und der dafür vorgesehenen Personen/Anzahl von Beschäftigten bzw. Arbeitsgruppen)*

Der Arbeitgeber ist befugt, in Verhinderungsfällen (z.B. Krankheit) Vertretungen zu bestellen. Er wird hiervon die lokale Arbeitskampfleitung der Gewerkschaft .... unterrichten. Gleiches gilt für die Ablösung von Beschäftigten im Rahmen von Schichtdiensten, Bereitschaftsdiensten usw. <sup>1)</sup>

Die für Notdienstarbeiten verpflichteten Personen erhalten einen Notdienstausweis. <sup>2)</sup>

§ 3

Durch diese Vereinbarung wird das Recht aller arbeitswilligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf ungehinderten Zugang zum Betrieb/ zur Verwaltung nicht berührt.

Diese Vereinbarung gilt für die Dauer der Arbeitskampfmaßnahmen.

.....  
Ort, Datum

.....  
Unterschriften

---

1) Dieser Unterabsatz ist zu streichen, wenn in der Notdienstvereinbarung nur die Anzahl der Beschäftigten bzw. Arbeitsgruppen festgelegt ist.

2) Dieser Satz ist nur aufzunehmen, wenn Notdienstausweise ausgestellt werden.

**Notdienstbestellung bei Streik**

**Anlage 2**

(Muster)

.....  
(Verwaltung/Betrieb)

.....  
(Ort, Datum)

**Notdienstbestellung bei Streik**

Herrn / Frau

.....  
.....

Sehr geehrte(r) Herr / Frau .....,

unser(e) Verwaltung/Betrieb wird voraussichtlich bestreikt werden / vom ..... an /  
seit dem ..... bestreikt.<sup>1)</sup>

Es wird ein Notdienst eingerichtet. Sie werden hiermit zur Mitarbeit im Notdienst bestellt. Ihr  
Notdienstausweis ist beigelegt.

Ihre Aufgabe:

.....<sup>2)</sup>

Bitte melden Sie sich am ..... um ..... Uhr  
bei .....

Es wird darauf hingewiesen, dass Sie arbeitsvertraglich/dienstrechtlich<sup>1)</sup> verpflichtet sind,  
Notdienst zu leisten. Die Einrichtung des Notdienstes ist mit .....  
.....<sup>3)</sup> abgestimmt.

.....  
(Unterschrift/en)

1) Nichtzutreffendes ist zu streichen

2) z.B. Betrieb der Heizung, Wachdienst

3) z.B. Gewerkschaft(en), Streikleitung(en)

**Ausweis für den Notdienst**

**Anlage 3**

---

(Muster)

.....  
(Verwaltung/Betrieb)

.....  
(Ort, Datum)

**Ausweis für den Notdienst**

Herr / Frau

.....  
ist für den Notdienst in unserer Verwaltung/ unserem Betrieb eingeteilt.

.....  
(Unterschrift/en)

(Muster)

.....  
(Verwaltung/Betrieb)

.....  
(Ort, Datum)

**Sonderausweis  
zum Betreten der Verwaltung/des Betriebes**

Herr / Frau ..... ist nicht an der Arbeits-  
kampfmaßnahme beteiligt, und zwar als

1)

Beamter/Beamtin

nicht zum Arbeitskampf aufgerufene(r) Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer

nicht am Arbeitskampf teilnahmeberechtigte(r) Auszubildender/Auszubildende

nicht am Arbeitskampf teilnahmeberechtigte(r) Praktikant/Praktikantin

..... 2)

.....  
(Unterschrift/en)

1) Zutreffendes bitte ankreuzen

2) Wenn keine der vorstehenden Bezeichnungen in Betracht kommt, ist das letzte Kästchen anzukreuzen und es ist anzugeben, aus welchem Grund der Inhaber des Sonderausweises nicht am Arbeitskampf beteiligt ist.

(Textvorschlag)

.....  
(Verwaltung/Betrieb)

.....  
(Ort, Datum)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Verwaltung/die Betriebsleitung möchte Sie durch dieses Rundschreiben/diesen Mitarbeiterbrief aus aktuellem Anlass über Ihre Rechte und Pflichten im Falle eines Arbeitskampfes sowie über die Auswirkungen einer Beteiligung am Arbeitskampf auf Ihr Beschäftigungsverhältnis informieren.

Die nachstehenden Ausführungen sind mit der für unsere Verwaltung/unseren Betrieb zuständigen vorgesetzten Behörde abgestimmt.

## **A. Recht der Beschäftigten auf Beteiligung an Arbeitskampfmaßnahmen**

### **1. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

- a) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen sich an rechtmäßigen Arbeitskampfmaßnahmen beteiligen, wenn sie nicht zur Leistung von Notdienst verpflichtet sind. Die für den Notdienst ausgewählten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden rechtzeitig von uns informiert.

Notdienst zu leisten, ist arbeitsvertragliche Pflicht. Lehnt eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer ohne triftigen Grund die Durchführung von Notdienstarbeiten ab, kann sie/er für den hierdurch entstehenden Schaden haftbar gemacht werden. Die Ablehnung kann auch ein Grund zur außerordentlichen Kündigung sein.

- b) Die Beteiligung an rechtswidrigen Arbeitskampfmaßnahmen ist nicht zulässig. Bei Teilnahme an einer solchen Maßnahme können sich arbeitsrechtliche Folgen ergeben, z.B. außerordentliche Kündigung, Schadensersatzpflicht.
- c) Die eigenmächtige Benutzung von Räumlichkeiten und Gegenständen (z. B. Fahrzeuge und Geräte) des Arbeitgebers im Zusammenhang mit Arbeitskampfmaßnahmen ist nicht zulässig.

Rechtswidrig sind auch Streikausschreitungen, z.B. die Blockade der Zugangs-/Zufahrtswege bzw. Abgangs-/Abfahrtswege durch Menschen usw., die Behinderung von arbeitswilligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern oder Besuchern sowie tätliche Übergriffe oder Angriffe auf arbeitswillige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Besucher und die Beschädigung von betrieblichen Einrichtungen.

Rechtswidrige Arbeitskampfmaßnahmen können arbeitsrechtliche (z.B. Kündigung, Schadensersatz) und strafrechtliche Folgen (z.B. Anzeige wegen Beleidigung, Körperverletzung, Nötigung) auslösen. Wird bei der eigenmächtigen Benutzung von Fahrzeugen des Arbeitgebers ein Unfall verursacht, durch den Personen- oder Sachschaden entsteht, ist die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer, die/der das Fahrzeug geführt hat, zum Schadensersatz verpflichtet. Hat den entstandenen Schaden zunächst ein Versicherer zu regulieren, hat dieser gegen die Arbeitnehmerin bzw. den Arbeitnehmer einen Regressanspruch. Darüber hinaus muss der Fahrzeugführer, wenn Strafantrag gestellt ist, auch mit strafrechtlichen Sanktionen nach § 248 b Strafgesetzbuch rechnen.

- d) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich an Arbeitskampfmaßnahmen nicht beteiligen, werden solange wie möglich beschäftigt.

## **2. Auszubildende, Praktikanten usw. in einem privatrechtlichen Ausbildungsverhältnis**

Diese Personen stehen nicht in einem Arbeitsverhältnis, sondern sind zu ihrer Ausbildung oder zum Erwerb gewisser Kenntnisse oder Fähigkeiten beschäftigt. Sie haben jedoch ein Arbeitskampfrecht, wenn es um ihre tariflichen Beschäftigungsbedingungen geht. Soweit ihnen ein Arbeitskampfrecht zusteht, sind sie im Sinne der in diesem Rundschreiben/Mitarbeiterbrief enthaltenen Hinweise wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu behandeln.

Geht es nicht um ihre tariflichen Beschäftigungsbedingungen, stehen diese Personen außerhalb des Arbeitskampfes und dürfen an Arbeitskampfmaßnahmen (einschließlich Urabstimmung) nicht teilnehmen. Sie haben sich auch während einer Arbeitskampfmaßnahme für ihre Ausbildung zur Verfügung zu halten. Beteiligen sich solche Personen an Arbeitskampfmaßnahmen, die ihre tariflichen Beschäftigungsbedingungen nicht betreffen, kann im Einzelfall eine Kündigung des Ausbildungsverhältnisses aus einem wichtigen Grund ohne Einhaltung einer Frist (z.B. § 22 Abs. 2 Nr. 1 des Berufsbildungsgesetzes) in Betracht kommen. In jedem Fall entfällt der Anspruch auf Fortzahlung des Ausbildungsentgelts für die Zeit, in der wegen Teilnahme an Arbeitskampfmaßnahmen eine Ausbildung nicht durchgeführt werden kann.

## **3. Beamtinnen und Beamte <sup>\*)</sup>**

Beamtinnen und Beamte haben nicht das Recht, an Arbeitskampfmaßnahmen teilzunehmen oder diese zu unterstützen. Die Teilnahme oder Unterstützung stellt eine Dienstpflichtverletzung dar.

Bei rechtmäßigen Arbeitskampfmaßnahmen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist der Einsatz von Beamtinnen und Beamten auf bestreikten Arbeitsplätzen grundsätzlich nicht zulässig. Es ist jedoch davon auszugehen, dass der Einsatz von Beamtinnen und Beamten auf bestreikten Arbeitsplätzen dann zulässig

---

<sup>\*)</sup> entfällt, wenn in der Verwaltung/dem Betrieb keine Beamtinnen und Beamten beschäftigt sind

ist, wenn sie auf diesem Arbeitsplatz Notdienstarbeiten durchzuführen haben. Im Übrigen dürfen Beamtinnen und Beamte angeordnete Mehrarbeit nicht verweigern. Sie können aufgrund der ihnen obliegenden Verpflichtung, bei zwingenden dienstlichen Verhältnissen in Ausnahmefällen Mehrarbeit zu leisten, auch zu zusätzlichen Dienstleistungen im Rahmen ihres Amtes herangezogen sowie kurzfristig auch mit anderen Aufgaben betraut werden, soweit dies mit einem zeitweilig auftretenden dringenden dienstlichen Bedürfnis sachlich geboten und zumutbar ist. Insoweit sind sie gegebenenfalls auch zur Leistung einer so genannten unterwertigen Tätigkeit verpflichtet.

**4. Personen in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis, die nicht Beamte sind \*)**

Die in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis stehenden Personen haben nicht das Recht, sich an Arbeitskampfmaßnahmen zu beteiligen.

**B. Auswirkungen einer Arbeitskampfmaßnahme bei der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer**

**I. Auswirkungen des Arbeitskampfes auf das einzelne Arbeitsverhältnis**

**1. Allgemeines**

Durch die Teilnahme an rechtmäßigen Arbeitskampfmaßnahmen wird das Arbeitsverhältnis der einzelnen Arbeitnehmerin bzw. des einzelnen Arbeitnehmers nicht aufgelöst. Die Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsvertrag ruhen jedoch für die Dauer der Beteiligung an Arbeitskampfmaßnahmen.

Nach Beendigung der Arbeitskampfmaßnahmen hat die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer einen Anspruch auf Weiterbeschäftigung, es sei denn, dass das Arbeitsverhältnis wirksam gekündigt oder auf andere Weise beendet worden ist.

**2. Arbeitsentgelt, Jahressonderzahlung, Feiertagsbezahlung**

Für die Dauer der Beteiligung an einer Arbeitskampfmaßnahme hat die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer keinen Anspruch auf Arbeitsentgelt. Das gilt auch für gewerkschaftlich organisierte oder nicht organisierte Arbeitswillige, die infolge der Arbeitskampfmaßnahme in ihrer Verwaltung/ihrem Betrieb nicht beschäftigt werden (z.B. wegen Beeinflussung oder Behinderung durch Streikposten, Stilllegung der Verwaltung/des Betriebes, Ausfall der Verkehrsmittel). Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen durch die Mitwirkung an der Vorbereitung oder Durchführung der Urabstimmung oder wegen Teilnahme an

---

\*) entfällt, wenn in der Verwaltung/dem Betrieb entsprechende Personen nicht beschäftigt werden

dieser Arbeitszeit ausgefallen ist, haben ebenfalls keinen Anspruch auf Arbeitsentgelt.

Sind in der Verwaltung/dem Betrieb Zeiterfassungsgeräte vorhanden und besteht die Verpflichtung, diese Geräte beim Betreten bzw. Verlassen der Verwaltung/des Betriebes zu betätigen, liegt eine Pflichtverletzung vor, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Zwecke der Teilnahme an einer Arbeitskampfmaßnahme während der Arbeitszeit die Verwaltung/den Betrieb verlassen und wieder betreten, ohne dies durch Betätigung der Zeiterfassungsgeräte zu dokumentieren. Diese Pflichtverletzung kann der Arbeitgeber abmahnen. Haben sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen einer Gleitzeitregelung in zulässiger Weise wegen Freizeitnahme aus dem betrieblichen Zeiterfassungssystem abgemeldet und anschließend an einer Protestkundgebung teilgenommen, vermindert sich die vertragliche Sollarbeitszeit und der Entgeltanspruch nicht um die Zeit der Kundgebungsteilnahme.

Ein Anspruch der Arbeitnehmerin bzw. des Arbeitnehmers auf Nachholung der durch eine Arbeitskampfmaßnahme ausgefallenen Arbeitszeit besteht nicht.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Verwaltung/Betrieb nicht bestreikt wird, die jedoch infolge einer Arbeitskampfmaßnahme (z.B. wegen Ausfalls der Strom- oder Gasversorgung oder der Verkehrsmittel) nicht oder nur in einem geringeren Umfange beschäftigt werden können, haben ebenfalls keinen Anspruch auf Arbeitsentgelt für die ausgefallene Arbeitszeit.

Soweit Arbeitsentgelt bereits für Zeiten gezahlt worden ist, für die kein Entgeltanspruch besteht, sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Rückzahlung verpflichtet.

Steht infolge der Arbeitskampfmaßnahme für mindestens einen vollen Kalendermonat kein Arbeitsentgelt zu, ergeben sich entsprechende Auswirkungen auf die Jahressonderzahlung.

Während eines Arbeitskampfes haben streikende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keinen Anspruch auf Feiertagsbezahlung nach § 2 Abs. 1 des Entgeltfortzahlungsgesetzes.

Für gesetzliche Feiertage während eines Arbeitskampfes steht die Feiertagsbezahlung zu, wenn Feiertage in den bewilligten Urlaub von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern fallen. Ein Anspruch besteht aber nicht für in einen Arbeitskampf fallende Feiertage, die einem bewilligten Urlaub unmittelbar vorausgehen oder sich an ihn unmittelbar anschließen.



### **3. Entgelt im Krankheitsfall**

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die vor Beginn der Arbeitskampfmaßnahme arbeitsunfähig geworden sind, haben vom Zeitpunkt des Beginns der Arbeitskampfmaßnahme an keinen Anspruch auf Entgelt im Krankheitsfall (z.B. nach § 22 TV-L), wenn der Teil der Verwaltung/des Betriebes, in dem sie arbeiten würden, durch die Arbeitskampfmaßnahme zum Erliegen kommt und die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer deshalb auch ohne die Arbeitsunfähigkeit wegen der Arbeitskampfmaßnahme keinen Anspruch auf Arbeitsentgelt hätte. Tritt die Arbeitsunfähigkeit erst während der Arbeitskampfmaßnahme ein, besteht unter den gleichen Voraussetzungen ebenfalls kein Anspruch auf Entgelt im Krankheitsfall.

Arbeitsunfähige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denen kein Anspruch auf Entgelt im Krankheitsfall zusteht, haben, wenn sie pflichtversichert sind, Anspruch auf Krankengeld gegen ihre Krankenkasse.

Dauert die Arbeitsunfähigkeit nach der Beendigung des Arbeitskampfes an, besteht wieder Anspruch auf Entgelt im Krankheitsfall, soweit die Bezugsfrist noch nicht abgelaufen ist.

Eine Verlängerung der Bezugsdauer nach § 22 TV-L um die Zeit, für die kein Anspruch besteht, tritt nicht ein.

### **4. Arbeitgeberzuschuss nach § 14 Mutterschutzgesetz (MuSchG)**

Für den Arbeitgeberzuschuss zum Mutterschaftsgeld nach § 14 MuSchG gelten die Ausführungen in Nr. 3 entsprechend.

### **5. Urlaub, Arbeitsbefreiung**

- a) Streikenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kann grundsätzlich Urlaub nicht gewährt werden. Befinden sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim Beginn einer Arbeitskampfmaßnahme bereits im Urlaub, läuft dieser weiter. Ein vor Beginn der Arbeitskampfmaßnahme bewilligter Urlaub ist anzutreten.
- b) Ein Anspruch auf Arbeitsbefreiung (z.B. nach § 29 TV-L) besteht nicht für Tage, an denen sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Arbeitskampfmaßnahme beteiligen oder an denen sie infolge der Arbeitskampfmaßnahme nicht arbeiten können. Eine Ausnahme gilt für arbeitswillige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die infolge der Arbeitskampfmaßnahme nicht arbeiten können, nur dann, wenn bei Beginn der Arbeitskampfmaßnahme die Arbeitsbefreiung bereits festgelegt war.

## 6. Beihilfen

Beihilfen gemäß der Protokollerklärung zu § 13 TVÜ-Länder werden nicht zu Aufwendungen gewährt, die in Zeiten entstanden sind, in denen das Arbeitsverhältnis wegen Beteiligung an einer Arbeitskampfmaßnahme geruht hat und die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer aus diesem Grunde keinen Anspruch auf Arbeitsentgelt hatte. Dies gilt auch für sonstige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die wegen einer Arbeitskampfmaßnahme keinen Anspruch auf Arbeitsentgelt haben (vgl. Nr. 2).

## 7. Altersteilzeit im Blockmodell, Sabbatical

Bei Altersteilzeitarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern, die sich während der Arbeitsphase des Blockmodells an Streikmaßnahmen beteiligen, verlängert sich die Arbeitsphase entsprechend § 8 Abs. 2 TV ATZ um die Hälfte der Tage ohne Entgeltanspruch. Entsprechendes gilt im Fall eines Sabbaticals.

## 8. Störungen auf dem Weg zum Arbeitsplatz infolge einer Arbeitskampfmaßnahme

Können arbeitswillige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer infolge einer Arbeitskampfmaßnahme ihren Arbeitsplatz mit den sonst benutzten Verkehrsmitteln nicht rechtzeitig erreichen (z.B. wegen des Ausfalls öffentlicher Verkehrsmittel), haben sie im Rahmen des Zumutbaren alle anderen Möglichkeiten zu nutzen, um an ihren Arbeitsplatz zu gelangen und den Arbeitsausfall so gering wie möglich zu halten. Es kann sinnvoll sein, ggf. unter Beteiligung der Verwaltung/des Betriebes z.B. Fahrgemeinschaften zu bilden. Ein Ersatz von zusätzlichen Fahrkosten kommt grundsätzlich nicht in Betracht. Hinsichtlich des Arbeitsentgelts für ausgefallene Arbeitszeit wird auf Nr. 2 verwiesen.

## II. Auswirkungen einer Arbeitskampfmaßnahme auf die Sozialversicherung und die Betriebliche Altersversorgung

### 1. Krankenversicherung

Während der Dauer eines rechtmäßigen Arbeitskampfes besteht die Mitgliedschaft Versicherungspflichtiger in der gesetzlichen Krankenversicherung fort (vgl. § 192 Abs. 1 Nr. 1 SGB V).

Die Mitgliedschaft von in der gesetzlichen Krankenversicherung freiwillig Versicherten, die versicherungsfrei oder von der Versicherungspflicht befreit sind, wird durch den Wegfall des Entgelts infolge eines Arbeitskampfes ebenfalls nicht berührt. Dies gilt auch für die bei einer privaten Krankenversicherung versicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Mit dem Wegfall des Entgeltanspruchs infolge des Arbeitskampfes entfällt der Anspruch auf den Zuschuss zum Krankenversicherungsbeitrag nach § 257 Abs. 1 oder 2 SGB V. Besteht infolge eines Arbeitskampfes nur für Teile eines Monats ein Entgeltanspruch und damit auch nur für Teile eines Monats Anspruch auf den Beitragszuschuss, ist dieser nach § 223 SGB V zu berechnen, d.h. für jeden Tag mit Entgeltanspruch besteht Anspruch auf ein Dreißigstel des monatlichen Beitragszuschusses.

Während eines rechtswidrigen Arbeitskampfes besteht die Mitgliedschaft Versicherungspflichtiger in der gesetzlichen Krankenversicherung längstens für einen Monat (vgl. § 7 Abs. 3 Satz 1 SGB IV, § 192 Abs. 1 Nr. 1 SGB V).

## **2. Pflegeversicherung**

Für das Fortbestehen der Pflegeversicherung verweist § 49 Abs. 2 SGB XI auf die entsprechenden Regelungen im Krankenversicherungsrecht. Die Mitgliedschaft in der Pflegeversicherung besteht daher nach § 192 Abs. 1 Nr. 1 SGB V während eines rechtmäßigen Arbeitskampfes fort.

## **3. Rentenversicherung**

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bleiben bei Wegfall des Anspruchs auf Arbeitsentgelt infolge der Arbeitskampfmaßnahme ohne zeitliche Begrenzung in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert. Beiträge sind für die Zeit, für die kein Entgeltanspruch besteht, nicht zu entrichten. Zeiten, in denen das Arbeitsverhältnis wegen Beteiligung der Arbeitnehmerin bzw. des Arbeitnehmers an einem Arbeitskampf oder infolge eines Arbeitskampfes ohne Beitragsleistung ruht, sind keine anrechnungsfähigen Versicherungszeiten und können auch nicht als Ersatzzeiten oder Ausfallzeiten berücksichtigt werden. Sie können für die Erfüllung der Wartezeit und zur Rentensteigerung angerechnet werden, wenn für sie freiwillige Beiträge entrichtet werden.

## **4. Arbeitslosenversicherung**

Da während des Arbeitskampfes kein Anspruch auf Arbeitsentgelt besteht, sind auch keine Arbeitslosenversicherungsbeiträge zu entrichten. Derartige Zeiten dienen, soweit sie einen Monat überschreiten, nicht zur Erfüllung der Anwartschaftszeit für den Anspruch auf Arbeitslosengeld (§ 123 SGB III) und sind insoweit auch bei der Berechnung der Dauer dieses Anspruchs nicht zu berücksichtigen (§ 127 SGB III).

## **5. Unfallversicherung**

Die an der Arbeitskampfmaßnahme beteiligten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Dies gilt insbesondere auch für Unfälle, die sich auf dem Wege zu der oder von der Arbeitsstelle ereignen, wenn die die Arbeitsstelle aufgesucht wurde, um sich an Arbeitskampfmaßnahmen zu beteiligen.

## 6. Betriebliche Altersversorgung

Die Pflichtversicherung bei der Zusatzversorgungseinrichtung bleibt auch in der Zeit, in der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wegen der Arbeitsk Kampfmaßnahme keinen Entgeltanspruch haben, bestehen. Ergeben sich volle Kalendermonate, für die keine Umlagen usw. zu entrichten waren, oder vermindert sich wegen des Wegfalls des Arbeitsentgelts das zusatzversorgungspflichtige Entgelt, kann dies zu einer geringeren Betriebsrente führen. Kalendermonate, für die keine Umlagen usw. zu entrichten waren, können bei der Wartezeit nach § 6 Abs. 1 ATV (60 Kalendermonate), die für eine Gewährung der Betriebsrente erfüllt sein muss, nicht berücksichtigt werden. Die gesetzlichen Regelungen über die Unverfallbarkeit der Anwartschaften sind in diesem Zusammenhang allerdings zu beachten (vgl. hierzu § 34 Abs. 4 Satz 2 VBLS).

In Einzelfragen gibt die für Personalangelegenheiten zuständige Stelle weitere Auskünfte.

## Meldung an die vorgesetzte Behörde Erstellung einer Dokumentation

Anlage 6

(Muster)

.....  
(Verwaltung/Betrieb)

.....  
(Ort, Datum)

Anschrift  
der vorgesetzten Behörde

Arbeitskampfmaßnahme am  
.....

1. Art der Arbeitskampfmaßnahme

(gegebenenfalls angeben, ob die Arbeitskampfmaßnahme innerhalb oder außerhalb der Verwaltung/des Betriebes stattfand und ob es sich um eine gewerkschaftlich oder nicht-gewerkschaftlich getragene Maßnahme handelte)

- Protestkundgebung
- Demonstrationzug
- Urabstimmung
- Streik
- Solidaritäts-/Sympathiestreik
- Sonstiges

2. Ausgefallene Arbeitszeit

a) Beginn der Arbeitskampfmaßnahme                                  Uhr

b) Ende der Arbeitskampfmaßnahme    Uhr

3. a) Wurde die gesamte Verwaltung/der Betrieb von der Arbeitskampfmaßnahme betroffen

b) Wenn nein, welche Verwaltungs-/Betriebsteile wurden im Einzelnen betroffen (bitte genaue Angabe, z.B. Autobahnmeisterei, Straßenmeisterei, Klinikum, Theater usw.)

**Meldung an die vorgesetzte Behörde  
Erstellung einer Dokumentation**

**Anlage 6**

- 
4. a) Gesamtzahl der in der Verwaltung/dem Betrieb **beschäftigten**
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
  - Auszubildenden
  - Beamtinnen und Beamten
  - sonstigen Personen
- b) Anzahl der **Teilnehmer** an der Arbeitskampfmaßnahme
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
  - Auszubildende
  - Beamtinnen und Beamte
  - sonstige Personen
5. Welche Personengruppen mit **besonderen Aufgaben** haben sich an der Arbeitskampfmaßnahme beteiligt (z.B. Ärzte, Pflegepersonal, Straßenwärter usw.)
6. Besondere Vorkommnisse
- a) Benutzung von Gegenständen des Arbeitgebers (z.B. Fahrzeuge oder Geräte)
  - b) Behinderung Arbeitswilliger an der Arbeitsaufnahme (Art und Weise)
  - c) Schadensfälle
  - d) Sonstige besondere Vorkommnisse
7. Auswirkungen der Arbeitskampfmaßnahme
- a) auf die Verwaltung/den Betrieb selbst
  - b) auf die Allgemeinheit
8. Reaktionen der Verwaltung/des Betriebes (z.B. Information und Belehrung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Entgeltabzug, Abmahnung, Regressansprüche)

**Meldung an die vorgesetzte Behörde  
Erstellung einer Dokumentation**

**Anlage 6**

---

9. a) Für welche Bereiche wurden Notdienstvereinbarungen abgeschlossen bzw. Notdienstregelungen getroffen (Bitte Kopie der Notdienstvereinbarung bzw. kurze Darstellung über Art und Umfang der getroffenen Notdienstregelung beifügen.)
- b) Wie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer waren zum Notdienst eingeteilt
- c) Besonderheiten

.....  
(Unterschrift/en)

**Hinweise  
zur Erstellung einer Dokumentation über  
Arbeitskampfmaßnahmen**

Nach Abschnitt E der Arbeitskampfrichtlinien der TdL ist eine Dokumentation über den Ablauf der Arbeitskampfmaßnahmen zu erstellen. Arbeitskampfmaßnahmen sind kollektive Maßnahmen zur Erreichung eines bestimmten Zieles, die zur Störung der Arbeitsbeziehungen führen. Eine Dokumentation ist jedoch nur für Aktionen und Maßnahmen erforderlich, die für die sich beteiligenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Ausfall von Arbeitszeit zur Folge hatten. In der Dokumentation sind der Gesamtablauf der Arbeitskampfmaßnahmen sowie die damit in Zusammenhang stehenden Ereignisse darzustellen. Dies gilt insbesondere für etwaige Streikausschreitungen, Sachbeschädigungen und die Benutzung von Gegenständen des Arbeitgebers. Über die Auswirkungen der Arbeitskampfmaßnahmen ist umfassend zu berichten.

**1. Maßnahmen vor Beginn des Arbeitskampfes**

- Beauftragung der für die Erstellung der Dokumentation verantwortlichen Personen.
- Bereitstellung von zweckgerechten Hilfsmitteln (z.B. geeigneten Räumlichkeiten, Büromaterialien, Telefoneinrichtungen).
- Darstellung der Vorgeschichte der Arbeitskampfmaßnahmen und Sammlung von Unterlagen (Zeitungsausschnitten, Flugblätter, Protokolle oder Vermerke über mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, dem Personal-/Betriebsrat geführte Verhandlungen, Hinweise des Arbeitgebers an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu den bevorstehenden Arbeitskampfmaßnahmen, Unterlagen über zum Notdienst bestellte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer).

**2. Maßnahmen bei Eintritt der Arbeitskampfmaßnahmen**

- Aufzeichnung aller Einzelheiten der Arbeitskampfmaßnahmen einschließlich Feststellung der Mitglieder der Streikleitung sowie der besonderen Vorfälle (z.B. Streikausschreitungen, Sachbeschädigungen, Belästigungen von Besuchern der Verwaltung/des Betriebes) in der Reihenfolge ihres zeitlichen Ablaufs. Dabei sind die erforderlichen Beweismittel zu sichern (bildlich festhalten, Zeugenaussagen schriftlich erstellen, Flugblätter und Zeitungsberichte sammeln).
- Erfassung der Ausfallzeiten (auch bei Gleitzeit) der streikenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die wegen des Streiks nicht beschäftigt werden konnten, sowie der Arbeitszeiten des Notdienstes.



**3. Maßnahmen nach dem Ende der Arbeitsk Kampfmaßnahmen**

- Vervollständigung der Dokumentation
- Gegebenenfalls Überprüfung der Streikvorfälle im Hinblick auf Verletzung arbeitsrechtlicher Pflichten und strafbarer Handlungen.
- Übersendung der Dokumentation an die vorgesetzte Behörde.

**Anzeige über den Beginn eines Streiks**

**Anlage 7**

**Wird von der Agentur für Arbeit ausgefüllt:**

Wirtschaftszweig | Tarifgebiet

**Hinweis:** Zutreffendes bitte ankreuzen

Agentur für Arbeit

**Anzeige über den Beginn**

{ FORMCHECKBOX } eines Streiks

{ FORMCHECKBOX } einer Aussperrung

Name des Betriebes

Anschrift, Telefon

Art der überwiegend hergestellten, reparierten oder gehandelten Erzeugnisse

Zahl der zum Zeitpunkt des Beginns des Streiks/der Aussperrung beschäftigten Arbeitnehmer

insgesamt davon Arbeiter davon Angestellte

**Hinweis:**

Bitte hier die Zahl der Arbeitnehmer angeben, die in dem Betrieb oder Betriebsteil beschäftigt sind, der im Bezirk der Agentur für Arbeit gelegen ist, dem die Anzeige erstattet wird.

Beginn der Arbeitseinstellung

erster Tag, Monat, Jahr

Uhrzeit

**Hinweis:** Uhrzeit nur eintragen, sofern am ersten Tag weniger als die volle Arbeitszeit gearbeitet wurde.

Zahl der beteiligten Arbeitnehmer

insgesamt davon Arbeiter davon Angestellte

**Hinweis:**

Hier ist nicht die Zahl der Arbeitnehmer aufzunehmen, die wegen betrieblicher Einschränkung infolge eines Teilstreiks nicht beschäftigt werden können und deshalb entlassen, aber nicht zu Kampfzwecken ausgesperrt wurden.

Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit

Stunden

Ort, Datum

Unterschrift

**Hinweis:**

Die Anzeige (zweifach) ist unverzüglich bei der Agentur für Arbeit einzureichen, in deren Bezirk der Betrieb oder der betroffene Betriebsteil liegt. Falls der Streik mit einer Aussperrung beantwortet wurde, so ist bei gleichzeitiger Beendigung des Streiks und der Aussperrung nur eine Anzeige einzureichen. Bei teilweiser Beendigung des Streiks oder der Aussperrung ist eine Beendigungsanzeige einzureichen.

# Anzeige über die Beendigung eines Streiks

# Anlage 8

**Wird von der Agentur für Arbeit ausgefüllt:**

Wirtschaftszweig | Tarifgebiet

**Hinweis:** Zutreffendes bitte ankreuzen

Agentur für Arbeit

## Anzeige über die Beendigung

{ FORMCHECKBOX } eines Streiks

{ FORMCHECKBOX } einer Aussperrung

**Bezug:** Anzeige über den Beginn des Streiks/der Aussperrung vom

Name des Betriebes

Anschrift, Telefon

Art der überwiegend hergestellten, reparierten oder gehandelten Erzeugnisse

Zahl der Arbeitnehmer

insgesamt | davon Arbeiter | davon Angestellte

Beginn der Arbeits-einstellung

erster Tag, Monat, Jahr

Uhrzeit

**Hinweis:** Hier bitte die Uhrzeit nur dann eintragen, wenn am ersten bzw. letzten Tag nicht die **volle** Arbeitszeit ausgefallen ist!

Beendigung der Arbeits-einstellung

erster Tag, Monat, Jahr

Uhrzeit

Zahl der Arbeitstage, an denen infolge des Streiks oder der Aussperrung nicht gearbeitet wurde

Tage

Durchschnittliche Zahl der beteiligten Arbeitnehmer

insgesamt | davon Arbeiter | davon Angestellte

Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit

Stunden

Ort, Datum

Unterschrift

### Hinweis:

Die Anzeige (zweifach) ist unverzüglich bei der Agentur für Arbeit einzureichen, in deren Bezirk der Betrieb oder der betroffene Betriebsteil liegt. Falls der Streik mit einer Aussperrung beantwortet wurde, so ist bei gleichzeitiger Beendigung des Streiks und der Aussperrung nur eine Anzeige einzureichen. Bei teilweiser Beendigung des Streiks oder der Aussperrung ist eine Beendigungsanzeige einzureichen.

## Checkliste bei Arbeitskämpfen

### I.

#### Vorbereitung auf Arbeitskämpfe

1. Verwaltungsleitung/Betriebsleitung/Unternehmensleitung
  - a) Bildung einer Koordinierungsgruppe
  - b) Auftrag an die Koordinierungsgruppe, einen Aufgabenverteilungsplan zu erarbeiten (vgl. nachfolgende Unterabschnitte II bis V)
2. Koordinierungsgruppe
  - a) Erarbeitung eines Aufgabenverteilungsplanes, in dem die Aufgaben verantwortlicher, nicht am Arbeitskampf beteiligter Beschäftigter festgelegt sind
  - b) Abstimmung des Aufgabenverteilungsplanes mit der Verwaltungsleitung/Betriebsleitung/-Unternehmensleitung

### II.

#### Maßnahmen nach der Urabstimmung

1. Information der vorgesetzten Behörde
2. Verpflichtung von Beschäftigten zum Notdienst, ggf. Abschluss einer Notdienstvereinbarung
3. Ausstellung von Notdienst- und Sonderausweisen
4. Information der Beschäftigten
5. Verbindung zum Personalrat/Betriebsrat, zur Streikleitung
6. Information der Öffentlichkeit

### III.

#### Maßnahmen während des Arbeitskampfes

1. Meldungen an die vorgesetzte Behörde, Behörden, Agentur für Arbeit, Krankenkassen, Arbeitsschutzbehörde, Aufsichtsgremien
2. Information der Öffentlichkeit, Abnehmer, Zulieferer und anderer Betroffener
3. Einsatz, Durchführung, Beaufsichtigung des Notdienstes

4. Information der Beschäftigten
5. Feststellung der streikenden Beschäftigten und der Ausfallzeiten
6. Einsatz der arbeitswilligen Beschäftigten
7. Aufrechterhaltung des Informationsflusses (z.B. Besetzung der Telefonzentrale) sowie Freihalten der Zugangs- bzw. Abgangsmöglichkeiten
8. Veranlassung von Entgeltabzug
9. Dokumentation des Arbeitskampfes

#### **IV.**

#### **Zusätzliche Maßnahmen bei rechtswidrigen Handlungen im Rahmen eines Arbeitskampfes**

1. Maßnahmen **ohne Einschaltung** von Behörden und Gerichten
  - a) Aufforderung an die örtliche und betriebliche Streikleitung der Gewerkschaft (entsprechend § 1004 BGB),
    - aa) auf die Streikenden einzuwirken, bestimmte Ausschreitungen zu unterlassen
    - bb) fortwirkende Störungen zu beseitigen

Die genaue Bezeichnung der rechtswidrigen Handlungen ist erforderlich. Es kommen z.B. in Betracht:

- Benutzung von Räumlichkeiten und Gegenständen (z.B. Fahrzeuge oder Geräte) des Arbeitgebers
  - Unterbrechung der Versorgungs- und Kommunikationseinrichtungen
  - Blockade der Zugangs- bzw. Abgangsmöglichkeiten
  - Behinderung, Beleidigung oder Körperverletzung von arbeitswilligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Besuchern oder sonstigen Dritten
  - Sachbeschädigungen
  - Verletzung des Hausrechts (z.B. durch Streikveranstaltungen oder Plakatieren innerhalb der Verwaltung/des Betriebes)
  - Nichtherausgabe von Schlüsseln
- b) Arbeitsrechtliche Sanktionen gegen einzelne Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (z.B. Abmahnung, Kündigung)

2. Maßnahmen **unter Einschaltung** von Behörden und Gerichten
  - a) Einschalten der Polizei (z.B. bei Straftatbeständen, Ordnungswidrigkeiten)
  - b) Antrag auf einstweilige Verfügung (vgl. hierzu: Hinweise für einstweilige Verfügungen bei Arbeitskämpfen)
    - aa) gegen die Gewerkschaft (gegebenenfalls zusätzlich gegen den örtlichen bzw. betrieblichen Streikleiter sowie die Streikposten),
      - auf die Streikenden einzuwirken
      - fortwirkende Störungen zu beseitigen
    - bb) gegen den einzelnen Arbeitnehmer bzw. die einzelne Arbeitnehmerin (ggf. einen Dritten),
      - bestimmte rechtswidrige Handlungen zu unterlassen
  - c) Strafanzeige und ggf. Strafantrag unter Darstellung des gesamten Sachverhaltes
  - d) Beweissicherung
    - aa) Vorsorge für den Nachweis des durch rechtswidrige Handlungen entstandenen Schadens
    - bb) ggf. Beweissicherungsverfahren nach §§ 485 ff. ZPO

## **V.**

### **Maßnahmen nach Beendigung des Arbeitskampfes**

1. Information der Beschäftigten, Öffentlichkeit, Abnehmer, Zulieferer, anderer Betroffener
2. Meldungen an die vorgesetzte Behörde, Behörden, Agentur für Arbeit, Krankenkassen, Arbeitsschutzbehörde, Aufsichtsgremien
3. Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen

**Hinweise für einstweilige Verfügungen bei  
Arbeitskampfmaßnahmen**

**Verfahrensfragen bei einstweiligen Verfügungen**

1. Antragsteller bzw. Antragsgegner<sup>\*)</sup> können sein
  - a) auf Arbeitgeberseite
    - der einzelne Arbeitgeber
  - b) auf Seiten der Gewerkschaft
    - die Gewerkschaft ..., vertreten durch den Vorstand, dieser vertreten durch den 1. Vorsitzenden ..... und den 2. Vorsitzenden .....
    - die Landesbezirksleitung oder Bezirksleitung (nur soweit sie parteifähig sind [vgl. BAG vom 26. Februar 1964 - 5 AZR 66/64 = DB 1964 S. 519 -])
  - c) auf Seiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
    - die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer, die/der rechtswidrige Handlungen begeht (Namen und Anschriften)
2. Örtlich zuständiges Gericht
  - a) Ort der unerlaubten Handlung (§§ 46, 48 ArbGG, § 32 ZPO, z.B. gegen die Gewerkschaft, die Unterstützung rechtswidriger Handlungen zu unterlassen; z.B. gegen den Arbeitnehmer, rechtswidrige Maßnahmen zu unterlassen)
  - b) Erfüllungsort bei vertraglichen Verpflichtungen (§§ 46, 48 ArbGG, § 29 ZPO, z.B. Ort, an dem eine etwa noch bestehende tarifliche Friedenspflicht zu erfüllen ist)
  - c) Wohnsitz des Antragsgegners (§§ 46, 48 ArbGG, § 13 ZPO)

Bei mehreren zuständigen Gerichten hat der Antragsteller die Wahl (§§ 46, 48 ArbGG, § 35 ZPO).

---

<sup>\*)</sup> Anträge gegen den Personalrat/Betriebsrat sind nicht erfasst; Antragsteller und Antragsgegner müssen nicht anwaltlich vertreten sein.

3. Sachlich zuständiges Gericht

- a) Arbeitsgericht (§ 62 Abs. 2 Satz 1 ArbGG, §§ 937, 943 ZPO)
- b) Amtsgericht in dringenden Fällen (§ 62 Abs. 2 Satz 1 ArbGG, § 942 ZPO)

4. Anträge und Begründung

- a) Die Anträge müssen auf ein bestimmtes Ziel gerichtet und vollstreckbar sein (z.B. auf die Streikenden einzuwirken, bestimmte rechtswidrige Handlungen zu unterlassen; z.B. einen Arbeitnehmer zu verpflichten, bestimmte Notdiensttätigkeiten durchzuführen).
- b) In der Begründung ist der Sachverhalt darzustellen. Darzulegen ist weiter, warum der Erlass einer einstweiligen Verfügung zur Abwendung von Nachteilen oder drohender Gefahren oder zur Sicherung des Rechtsfriedens notwendig ist. Darüber hinaus sollte angegeben werden, auf welche Rechtsnormen bzw. welches Rechtsverhältnis der Anspruch gestützt wird.

5. Glaubhaftmachung

Glaubhaftmachung des Anspruchs und des Grundes auf Erlass einer einstweiligen Verfügung ist notwendig und statt des vollen Beweises auch ausreichend (§ 62 Abs. 2 Satz 1 ArbGG, § 920 Abs. 2, § 936 ZPO). Möglich sind z.B.

- Urkunden, Zeitungsausschnitte, Flugblätter, fotografische Aufnahmen
- Versicherungen an Eides Statt
- Zeugenbeweis

6. Möglichkeiten der Beschleunigung des Verfahrens

- Antrag auf Entscheidung ohne mündliche Verhandlung in dringenden Fällen (§ 62 Abs. 2 Satz 2 ArbGG)
- Antrag auf Entscheidung durch den Vorsitzenden allein in dringenden Fällen (§ 62 Abs. 2 ArbGG, § 944 ZPO)

7. Zustellung

- von Amts wegen (§ 50 Abs. 1, § 62 Abs. 2 Satz 1 ArbGG, § 922 Abs. 1, § 936 ZPO), wenn einstweilige Verfügung aufgrund mündlicher Verhandlung ergeht
- durch den Antragsteller (§ 62 Abs. 2 Satz 1 ArbGG, § 922 Abs. 2, § 936 ZPO), wenn einstweilige Verfügung ohne mündliche Verhandlung durch Beschluss ergeht



**Beispiele für Anträge auf  
Erlass einer einstweiligen Verfügung**

**1. Blockade**

Ort, Datum

An das Arbeitsgericht

.....

In Sachen

.....,  
vertreten durch

.....  
(Antragsteller)

gegen

1. die Gewerkschaft

.....,  
vertreten durch

2. Herrn

.....(Streikleiter),  
wohnhaft in

.....  
(Antragsgegner)

wegen Unterlassung

wird beantragt, wegen der Dringlichkeit des Falles im Wege einer einstweiligen Verfügung ohne mündliche Verhandlung, Folgendes anzuordnen:

1. Den Antragsgegnern wird unter Androhung eines für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Ordnungsgeldes oder einer Ordnungshaft aufgegeben, auf die Streikposten und die sich am Arbeitskampf beteiligenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dahingehend einzuwirken, dass an den Eingängen und Einfahrten zum Betrieb des Antragstellers ein mindestens drei Meter breiter Zu- und Abgang bzw. eine mindestens drei Meter breite Zu- und Abfahrt offen bleibt.

2. Die Antragsgegner tragen die Kosten des Verfahrens.

Begründung

Zur Durchsetzung ihrer Forderungen hat die Antragsgegnerin zu 1) Arbeitskampfmaßnahmen für die Zeit vom ..... bis ..... beschlossen.

Glaubhaftmachung: Anliegendes Flugblatt der Antragsgegnerin zu 1)

Am ..... postierte sich der Antragsgegner zu 2), der örtlicher Streikleiter der Antragsgegnerin zu 1) ist, mit mehreren Streikposten gegen .... Uhr vor dem einzigen Zugang zum Betriebsgelände des Antragstellers. Sie forderten die zur Arbeit erscheinenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf, sich so vor dem Eingangstor aufzustellen, dass arbeitswillige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Betriebsgelände nicht betreten können.

Glaubhaftmachung: Versicherung an Eides Statt der Frau

Etwa 10 bei dem Antragsteller beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgten diesem Aufruf und bildeten eine Menschenkette und eine Sitzblockade vor dem Eingangstor. Sie hinderten etwa 20 arbeitswillige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Abdrängen daran, das Betriebsgelände zu betreten und die Arbeit aufzunehmen.

Glaubhaftmachung: Versicherung an Eides Statt der Frau

Gegen etwa ... Uhr forderte der Betriebsleiter des Antragstellers den Antragsgegner zu 2), die Streikposten und die streikenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfolglos auf, den arbeitswilligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Zugang zum Betrieb des Antragstellers zu gewähren. Da die Absperrung zur Zeit noch fortgesetzt wird, konnte der Winterstreudienst in ..... bisher nicht aufgenommen werden.

Glaubhaftmachung: Versicherung an Eides Statt des Betriebsleiters des Antragstellers, Herrn

Die Streikposten haben Flugblätter mit dem Inhalt verteilt, dass die Blockade des Betriebsgeländes des Antragstellers bis zum ... aufrechterhalten bleibt.

Glaubhaftmachung: Anliegendes Flugblatt

Sofern die Blockade wie angekündigt fortgeführt wird, ist zu befürchten, dass auch in den nächsten Tagen kein Winterstreudienst durchgeführt werden kann. Um dies zu verhindern, ist schnelles Eingreifen des Gerichts durch einstweilige Verfügung geboten.

Die beantragte einstweilige Verfügung ist nach § 1004 i.V.m. § 823 BGB begründet. Auf die Urteile des Arbeitsgerichts Köln vom 6. Juni 1984 (= BB 1984 S. 1297) und des Landesarbeitsgerichts Köln vom 2. Juni 1984 (= DB 1984 S. 2095) wird verwiesen.

.....  
(Unterschrift)

2. **Notdienst**

Ort, Datum

An das Arbeitsgericht

.....

In Sachen

.....,

vertreten durch

.....  
(Antragsteller)

gegen

Herrn

.....,

wohnhaft in

.....  
(Antragsgegner)

wegen Verpflichtung

wird beantragt, wegen der Dringlichkeit des Falles im Wege einer einstweiligen Verfügung ohne mündliche Verhandlung, Folgendes anzuordnen:

1. Dem Antragsgegner wird unter Androhung eines für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Ordnungsgeldes oder einer Ordnungshaft aufgegeben, in der Zeit vom ... bis ... seine Tätigkeit als Kardiotechniker in der .....-Klinik des Antragstellers während der üblichen Arbeitszeit auszuüben und sich bei Einteilung zur Rufbereitschaft für diese bereit zu halten.
2. Der Antragsgegner trägt die Kosten des Verfahrens.

Begründung

Zur Durchsetzung ihrer Forderungen hat die Gewerkschaft ... für die Zeit vom ... bis ... Arbeitskampfmaßnahmen beschlossen.

Glaubhaftmachung: Anliegendes Flugblatt der Gewerkschaft

Die Bezirksverwaltung der Gewerkschaft ... teilte dem Antragsteller mit Schreiben vom ... mit, dass auch die .....-Klinik in die Arbeitskampfmaßnahmen einbezogen werde.

Glaubhaftmachung: Anliegendes Schreiben der Bezirksverwaltung der Gewerkschaft ... vom ...

Nachdem die Bezirksverwaltung der Gewerkschaft ... den Abschluss einer Notdienstvereinbarung für den Bereich der ....-Klinik am ... gegenüber dem Antragsteller abgelehnt hatte,

Glaubhaftmachung: Versicherung an Eides Statt des Personaldezernenten des Antragstellers, Herrn

ordnete der Verwaltungsdirektor der .....-Klinik am ... an, dass der Antragsgegner in der Zeit vom ... bis ... seine Tätigkeit als Kardiotechniker während der üblichen Arbeitszeit ausüben habe. Der Antragsgegner lehnte dies mit der Begründung ab, dass er sich in der Zeit vom ... bis ... an den Arbeitskampfmaßnahmen beteiligen wolle.

Glaubhaftmachung: Versicherung an Eides Statt des Verwaltungsdirektors der .....-Klinik des Antragstellers, Herrn

Für die Zeit vom ... bis ... sind in der .....-Klinik mehrere Herzoperationen terminiert. Eine Verschiebung dieser Operationen könnte bei den Patienten zu einer ernsthaften Verschlechterung des Gesundheitszustandes führen. Die Operationen können jedoch nur durchgeführt werden, wenn der Antragsgegner in der Zeit vom ... bis ... wie üblich arbeitet, da er neben einem sich in Urlaub befindenden weiteren Kardiotechniker in der .....-Klinik der einzige Angestellte ist, der die bei den Operationen erforderliche Herz-Lungen-Maschine bedienen und warten kann.

Glaubhaftmachung: Versicherung an Eides Statt des Chefarztes, Herrn Dr.

Es ist deshalb zur Abwendung eines medizinischen Notstandes geboten, dass der Antragsgegner in der Zeit vom ... bis ... seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt. Dies kann wegen der Kürze der Zeit und des bisherigen Verhaltens des Antragsgegners nur durch eine einstweilige Verfügung gewährleistet werden.

Die einstweilige Verfügung ist begründet, weil der Antragsgegner aus der Treuepflicht des auch während Arbeitskampfmaßnahmen fortbestehenden Arbeitsverhältnisses verpflichtet ist, die Notdienstarbeiten auszuüben.

.....  
(Unterschrift)

## Sachverzeichnis

---

### Sachverzeichnis

Hinweis: Die mit Großbuchstaben (**fett**) beginnenden Fundstellen beziehen sich auf die einzelnen Abschnitte der Arbeitskämpfrichtlinien, die Abkürzung "Anl." und "Anh." auf die jeweiligen Anlagen und Anhänge.

Abgangs-/Abfahrtswege	<b>A</b> II 4, Anh. 2.1
Abmelden bei Arbeitskampf	<b>F</b> I 2, Anl. 5 B I 2
Abnehmer	<b>B</b> I 1 k, <b>D</b> I 4
Abwehrmaßnahmen	<b>A</b> II 4, <b>F</b> I 2
Agentur für Arbeit	<b>B</b> I 1 i, <b>D</b> I 2 a
Altersteilzeit	<b>F</b> I 7, Anl. 5 B I 7
Angriffe	<b>A</b> II 4
Anzeige Arbeitgeberverband	Anl. 6
Anzeige Streikbeendigung (Agentur für Arbeit)	<b>D</b> I 2 a, Anl. 8
Anzeige Streikbeginn (Agentur für Arbeit)	<b>D</b> I 2 a, Anl. 7
Arbeitgeberzuschuss nach § 14 MuSchG	<b>F</b> I 4, Anl. 5 B I 4
Arbeitnehmer	Anl. 5 A 1 a
- arbeitswillige	<b>A</b> II 4
Arbeitsausfall	<b>F</b> I 8, Anl. 5 B I 8
Arbeitsbefreiung	<b>F</b> I 5 b, Anl. 5 B I 5 b
Arbeitsentgelt	<b>F</b> I 2, Anl. 5 B I 2
Arbeitskampfmaßnahmen	<b>A</b> II, Anl. 5 A
- Beendigung	<b>F</b> I 1, Anl. 5 B I 1
- Einleitung	<b>A</b> II 2
- getragen von Gewerkschaften	<b>A</b> II 3
- rechtmäßige	<b>A</b> II 1, 4, <b>F</b> I 1, II 1, Anl. 5 B I 1
- rechtswidrige	<b>A</b> II 4, <b>F</b> II 1, <b>K</b> , Anl. 5 A 1 b, c
- Vorbereitung	<b>B</b>
- vorsorgliche Maßnahmen	<b>B</b> I
- Weiterbeschäftigung	<b>F</b> I 1
Arbeitslosenversicherung	<b>F</b> II 4, Anl. 5 B II 3
Arbeitsschutzbehörde	<b>B</b> I 1 i, <b>D</b> I 2 c
Arbeitsverhältnis	
- ruhendes	<b>F</b> I 1
Arbeitswillige	<b>F</b> I 2, <b>G</b> I, Anl. 5 B I 8
- Zutrittsrecht zur Verwaltung/zum Betrieb	<b>B</b> III
Arbeitsunfähigkeit	<b>F</b> I 3, Anl. 5 B I 3
Arbeitszeit	<b>F</b> I 2
- Nachholung	<b>F</b> I 2, Anl. 5 B I 2
- ausgefallene	<b>F</b> I 2, Anl. 5 B I 2
Aufgabenverteilungsplan	<b>B</b> I 1
Auskunftsdienst	<b>B</b> I 4
Ausländische Arbeitnehmer	<b>B</b> I 1, <b>I</b> 4
Ausfallzeiten	<b>F</b> I 2, <b>E</b>
Auszubildende	<b>B</b> I 3, <b>G</b> II, Anl. 4, Anl. 5 A 2
Beamte	<b>B</b> I 3, <b>G</b> III, Anl. 4, Anl. 5 A 3
Behörden	<b>B</b> I 1 c
Beihilfen	<b>F</b> I 6, Anl. 5 B I 6
Beleidigungen	<b>A</b> II 4
Beschädigungen	<b>A</b> II 4
Besucher	<b>A</b> II 4
Betriebliche Altersversorgung	<b>F</b> II 6, Anl. 5 B II 6
Betriebsrat	<b>B</b> I 1 i, 3, III, <b>C</b> , <b>H</b>
Beweismittel	<b>E</b>
Blockaden	<b>A</b> II 4, Anh. 2.1

## Sachverzeichnis

---

Checkliste bei Arbeitsk Kampfmaßnahmen	Anh. 1
Dokumentation der Arbeitsk Kampfmaßnahmen	<b>B I 1 g, E</b>
- Hinweise	Anl. 6
Dolmetscher	<b>B I 4</b>
Einstweilige Verfügungen	Anh. 2
- bei Blockaden	Anh. 2.1
- bei Notdienst	Anh. 2.2
Einzelarbeitsverhältnis	<b>F I</b>
Entgelt im Krankheitsfall	<b>F I 3, Anl. 5 B I 3</b>
Erhaltungsarbeiten	<b>B I 2</b>
Erzwingungsstreik	<b>A II 3</b>
Fahrzeuge	<b>A II 4, K, Anl. 5 A 1 c</b>
Fahrkosten	<b>F I 8, Anl. 5 B I 8</b>
Feiertagsbezahlung	<b>F I 2, Anl. 5 B I 2</b>
Friedenspflicht	<b>A II 1, 2, 3</b>
Gegenstände	<b>A II 4, E</b>
Gemeindeverwaltung	<b>D I 3</b>
Geräte	<b>A II 4</b>
Gewerkschaftsforderungen	<b>B II</b>
Gewerkschaften	<b>B III</b>
Gleitzeit	<b>F I 2, Anl. 5 B I 2, Anl. 6 Hinweise</b>
Information	
- der Beschäftigten/Mitarbeiter	<b>B I 1 e, 4, II, D III, Anl. 5</b>
- der Öffentlichkeit	<b>B I 1 b</b>
- Vorbereitung	<b>B I 4</b>
- Mitarbeiterbrief	<b>B I 4, Anl. 5</b>
Informationsfluss	<b>B I 1 f</b>
Jahressonderzahlung	<b>F I 2, Anl. 5 B I 2</b>
Kernarbeitszeit	<b>F I 2, Anl. 5 B I 2</b>
Körperverletzungen	<b>A II 4</b>
Krankenbezüge, Entgelt im Krankheitsfall	<b>F I 3, Anl. 5 B I 3</b>
Krankenkassen und Krankenversicherung	<b>B I 1 i, D I 2 b, F II 1, Anl. 5 B II 1</b>
-Beitrag	<b>F II, 1, Anl. 5 B II 1</b>
Kündigung	<b>B III, K, Anl. 5 A 1 a</b>
Mehrarbeit	<b>G III</b>
Meldepflicht Krankenversicherung	<b>F II 1</b>
Mitarbeiterbrief	Anl. 5
Mitbestimmung	<b>B I 3</b>
Mutterschutzgesetz	<b>F I 4, Anl. 5 B I 4</b>
Notdienst	Anl. 5 A 1 a
Notdienstarbeiten	Anh. 2.2
- Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	<b>B I 2 d</b>
- Beaufsichtigung	<b>B I 1 a</b>
- Behinderung	<b>D II</b>
- durch Beamte	<b>G III</b>
- Durchführung	<b>B I 1 a</b>
- Einsatz	<b>D II</b>
- Festlegung	<b>B I 1 a</b>
- Gesundheitsdienst	<b>B I 2 d</b>

## Sachverzeichnis

---

### Fortsetzung Notdienstarbeiten:

- im öffentlichen Interesse	<b>B I 2 b</b>
- Sicherung und Erhaltung von Anlagen	<b>B I 2 c</b>
- Versorgung der Bevölkerung	<b>B I 2 a</b>
- Vorbereitung	<b>B I 1 a, II</b>
Notdienstbestellung	Anl. 2
Notdienst- und Sonderausweise	<b>B I 1 a, 3 III, Anl. 3, Anl. 4</b>
Notdienstvereinbarung	<b>B I 3, III, Anl. 1</b>
Notdienstverpflichtung	<b>B III</b>
Notstandsarbeiten	<b>B I 2</b>

### Öffentl.-rechtl. Ausbildungsverhältnis

Öffentliche Sicherheit und Ordnung	<b>G IV, Anl. 5 A 4</b>
Öffentlichkeit	<b>D I 3</b>
	<b>D I 1</b>

### Personalrat

Pflegeversicherung	<b>B I 1 I, III, C, H</b>
Polizeibehörde	<b>F II 2</b>
Praktikanten	<b>D I 3, I</b>
Presse, Funk und Fernsehen	<b>G II, Anl. 4, Anl. 5 A 2</b>
Protestkundgebung	<b>B I 1 b</b>
Pfändungsgrenzen	<b>A II 3</b>
	<b>F I 2</b>

### Räumlichkeiten

Rentenversicherung	<b>A II 4, Anl. 5 A 1</b>
Richtlinien	<b>F II 3, Anl. 5 B II 2</b>
	<b>A I</b>

### Sabbatical

Sachbeschädigungen	<b>F I 7, Anl. 5 B I 7</b>
Sanktionen	<b>A II 4, E, K</b>
Schadensersatz	Anl. 5 A 1 c, Anh. 1
Schwarzes Brett	<b>B III, D II, I, K, Anl. 5 A 1 a, b, c, Anh. 1</b>
Solidaritäts- und Sympathiearbeitskampfmaßnahmen	<b>C</b>
Sollarbeitszeit	<b>A II 4</b>
Sonderausweise	<b>F I 2, Anl. 5 B I 2</b>
Sonstige Betroffene	<b>B I 3, Anl. 4</b>
Strafantrag	<b>D I 4</b>
Streikausschreitungen	<b>K, Anl. 5 A 1 b</b>
Streikleitung	<b>E, I</b>
Streikposten	<b>B III, I</b>
Strom- und Gasversorgung	<b>F I 2, I, Anl. 5 B I 2</b>
	<b>F I 2, Anl. 5 B I 2</b>

### Telefonzentrale

Übergriffe	<b>B I 1 f, D III</b>
Unfallversicherung	<b>A II 4</b>
Unterstützungstreik	<b>F II 5, Anl. 5 B II 4</b>
Unterwertige Tätigkeiten	<b>A II 4</b>
Urabstimmung	<b>B III</b>
Urlaub	<b>B II, C, F I 2, Anl. 5 B I 3</b>
Urlaubsplanung	<b>F I 5 a, Anl. 5 B I 5</b>
Urlaubsanträge	<b>F I 5 a aa</b>
	<b>F I 5 a</b>

## Sachverzeichnis

---

Verpflichtung zum Notdienst	<b>B III</b>
Verpflichtungsschreiben	<b>B I 3</b>
Verkehrsmittel	<b>F I 2, 8, Anl. 5 B I 2, 8</b>
Vorgesetzte Behörde	<b>A II 4, B I 1 b, d, D I 1, E, Anl. 6</b>
Warnstreik	<b>A II 3</b>
Zeiterfassungsgeräte	<b>F I 2, Anl. 5 B I 2</b>
Zivildienst	<b>G V</b>
Zugangs-/Zufahrtswege	<b>A II 4, Anl. 5 A 1 c, Anh. 2.1</b>
Zulieferer	<b>B I 1 k, D I 4</b>
Zusatzversorgung	<b>F II 6, Anl. 5 B II 6</b>